Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Laden & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altstadt

Bezugspreis einschließl. Bringerlohn monatlich 2000,— M., durch die Post bezogen monatlich 2000,— M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 650,— M. Einzelnummer 80,— M. Sonnabendnummer 100,— M. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Nonpareillezeile 800,— M., auswärts 875,— M., die 3gespaltene Reklamezeile 1200,— M., auswärts 1500,—, Ausland 2400 u. 7500 M. Bei mehrmaliger Ausgabe Ermäßigung. Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederleg. 00 M.

Nr. 43 | Dresden, Dienstag den 20. Februar 1923 | 34. Jahrg.

Das verlorene Memel

Die Entscheidung der Botschafterkonferenz über das Memelgebiet war nicht mehr zweifelhaft, nachdem sie an die Stelle der von den Litauern eingesetzten Regierung Simonaites die Regierung Gailius gesetzt hatte, die aus drei Litauern und zwei Deutschen besteht. Nun ist Memel endgültig den Litauern zugewiesen worden.

Wieder einmal hat die Entente bewiesen, wie sie über Recht und Gerechtigkeit, über „Schutz der unterdrückten Nationen", über das „Selbstbestimmungsrecht der Völker" denkt. Memel mit seiner überwiegend deutschen Bevölkerung, die klar bekundet hat, daß sie nicht zu Litauen will, daß sie, wenn ihr die Wiedervereinigung mit Deutschland verwehrt bleibt, einen eignen Freistaat bilden will — was kümmert das die Entente: sie hat beim Friedensschluß Memel, ohne die Bevölkerung zu fragen, von Deutschland losgerissen, und jetzt wiederum, ohne sie zu fragen, Litauen einverleibt. Volksabstimmungen werden nur dann von den Siegern veranstaltet, wenn die Aussicht vorhanden ist, daß die Abstimmung gegen Deutschland ausfällt. In Memel hat man es wohlweislich gar nicht erst versucht, weil sich die Ententekreise über die dortige Stimmung nicht im unklaren sind.

Memel ist seit dem Inkrafttreten des Friedensvertrages von Deutschland abgetrennt. Aber bis jetzt hat man sich unter den Alliierten über das Schicksal dieses Gebietes nicht einigen können. Polnische und litauische Interessen standen gegeneinander. Und es scheint, als ob der polnisch-französische Standpunkt in dieser Frage eine Niederlage erlitten hat. Und daß die Entscheidung erst gefällt wurde, nachdem das kleine Litauen die großmächtige Entente vor die fertige Tatsache gestellt hatte, indem es Memel einfach besetzte, zeigt um so deutlicher, daß es sich hier um einen neuen brutalen Gewaltakt handelt.

Der Zeitpunkt für den Einfall war geschickt gewählt, in dem Augenblick, in dem die Franzosen und Belgier ihre „friedliche" Besetzung des Ruhrgebiets durchführten, marschierten die Litauer in Memel ein. Da sie nicht so stark und mächtig sind wie die Franzosen, so konnten sie es nicht so offen tun, wie diese, und ihre Soldaten mußten sich vorher Zivilkleider anlegen. Und Deutschland durfte sich nicht wehren, weil es im Friedensvertrag ausdrücklich auf das Memelgebiet Verzicht leisten mußte.

Ob die Entscheidung der Botschafterkonferenz dazu beitragen wird, die Lage an unsrer Ostgrenze zu klären, muß bezweifelt werden. Die Polen, die am liebsten ganz Litauen einverleiben möchten, sind keineswegs entzückt darüber, daß ihnen der fette Memeler Bissen entgangen ist. Zwar müssen ihnen die Litauer im Memeler Hafen, auf den die Polen es besonders abgesehen hatten, wirtschaftliche Rechte gewähren. Aber das dürfte dem polnischen Ehrgeiz kaum genügen.

Durch die Zuweisung Memels an Litauen hat sich die Lage zwischen Litauen und Polen, die schon seit der Besetzung Wilnas durch die Polen äußerst gespannt ist, noch mehr zugespitzt. (Die Litauer haben es übrigens den Polen trefflich abgeguckt. Ihr Vorgehen gegen Memel war eine getreue Nachahmung des polnischen Handstreichs auf Wilna.) Die Lage wird weiter verschärft durch den polnischen Einmarsch in das neutrale Gebiet zwischen Litauen und Polen. Nach Meldungen aus Warschau stoßen die polnischen Truppen auf erheblichen Widerstand. Teilweise scheinen die Polen sogar nicht nur in das neutrale Gebiet, sondern auch in Litauen eingedrungen zu sein, und die litauische Regierung soll sich bereits an den Völkerbund um Hilfe gewendet haben.

Die Segnungen des Versailler Friedensvertrages zeigen sich auch im Osten immer klarer. Weder im Osten noch im Westen kommen die Völker zur Ruhe. Zu dem einen Brandherd am Balkan, den Europa früher hatte, sind an allen Ecken und Enden des Kontinents neue Brandherde entstanden und haben die Gefahr neuer kritischer Entwicklungen in unerträglichem Maß vergrößert. Umsomehr, da die Regierungen der verschiedenen neuen Staatsgebilde auf äußerst schwachen Füßen stehen und daher leicht geneigt sind, durch „äußere Erfolge" die innere Opposition mundtot zu machen und über die inneren Schwierigkeiten hinwegzukommen.

Allein die Verständigung unter der europäischen Arbeiterschaft kann weiteres größeres Unheil verhüten. An dieser Verständigung muß mit allen Kräften gearbeitet werden, um die arbeitende Bevölkerung, die bei Siegern wie Besiegten die Kosten dieser Abenteurerpolitik zu tragen hat, und unter den Lasten der Rüstungen und Kriegszüge bitter leidet, vor weiteren, größeren Schäden zu bewahren.

Dollar und Preise

In den letzten Wochen haben wir Schwankungen des Dollarkurses erlebt, wie wir sie bisher in Deutschland noch nicht gekannt haben. Am 2. Januar wurden an der Berliner Börse für den Dollar 7241,85 M. gezahlt, bis zum 15. Januar stieg der Dollar allmählich bis auf zirka 12 000 M., und ging dann, unter der Wirkung des französischen Ruhreinmarsches in der zweiten Hälfte des Januar mit rasender Schnelligkeit in die Höhe. Am 31. Januar stand er auf 48 877,50 M., und hatte damit also beinahe das Siebenfache seines Standes vom 2. Januar erreicht. Am 1. Februar setzte die rückläufige Bewegung des Dollars ein, die dazu führte, daß der Dollar am 16. Februar mit 18 825,75 M. bezahlt wurde. Der Dollar steht jetzt noch etwa 200 Prozent über seinem Stand vom 2. Januar. Der starke

Rückgang des Dollars

ist in der Hauptsache auf das Eingreifen der Reichsbank zurückzuführen, die aus ihrem Bestande große Devisenmengen auf den Markt warf und dadurch den Dollarkurs herunterdrückte. Die Devisenmengen, mit deren Hilfe die Reichsbank die Senkung des Dollarkurses erreichte, sollen verhältnismäßig gering gewesen sein. In Berliner Bankkreisen spricht man von 200 bis 300 Milliarden Papiermark, ihren Goldbestand hat die Reichsbank nicht anzugreifen brauchen. Sie hat die Aktion durchführen können mit Devisen, die ihr infolge der Ablieferungspflicht der deutschen Exporteure zur Verfügung standen. Zum Gelingen der Aktion der Reichsbank haben besonders zwei Momente beigetragen. Im Inland sind von der Bank die Kredite weitgehend eingeschränkt worden. Es wurde ja bereits berichtet, daß die Reichsbank in einem Rundschreiben die Banken und Bankiers aufgefordert hat, auch Devisenkredite nicht mehr zu gewähren. Geholfen haben merkwürdigerweise diesmal auch die Franzosen. Frankreich, das infolge der Ruhrbesetzung große Marksummen braucht, hat im neutralen Ausland in großem Umfange Mark gekauft, und diese französischen Käufe haben zur Steigerung des Markkurses beigetragen. Durch die Krediteinschränkungen dürften viele gezwungen gewesen sein, Devisen zu verkaufen, um Geld für die Bezahlung von Rohstoffen und Löhnen zu haben, und die Angst vor einem weiteren Fallen der Mark hat, jedenfalls nachdem die Abwärtsbewegung einmal eingesetzt hatte viele Devisenhamsterer veranlaßt, sich von ihren Devisen zu trennen, so daß auf diese Weise das Devisenangebot vermehrt wurde. Mit Recht wird in der Presse jetzt die Frage aufgeworfen, warum die Reichsbank nicht schon früher eine derartige Aktion zur Stützung unsrer Währung unternommen hat. Verlangt muß werden, daß diese Intervention der Reichsbank nicht die einzige Maßnahme bleibt, die wir im Interesse der Gesundung unsrer Währung ergreifen. Es darf nicht vergessen werden, daß die Markentwertung in letzter Linie auf

unsre schlechte Zahlungsbilanz

zurückzuführen ist, und auf die Dauer dürfte eine Stabilisierung der Mark nur möglich sein, wenn wir eine Wirtschaftspolitik treiben, die durch Vermehrung der inländischen Erzeugung und durch Einschränkung unnötiger Einfuhr, das Verhältnis zwischen Einfuhr und Ausfuhr zu bessern sucht. Das schnelle Herabgehen des Devisenkurses konnte natürlich nicht ohne Einfluß auf

die Börse

bleiben. Die Dollarhausse in der zweiten Januarhälfte hatte die Börsenspekulation benutzt, um die Aktienkurse in die Höhe zu treiben, dafür wurde nun die vergangene Woche für die Börsenleute zu einer schwarzen Woche. Die Papiere erlitten gewaltige Stürze, bei vielen Industrieaktien fand eine Halbierung der Kurse statt. Die Börsenkrise wurde dadurch verschärft, daß die Reichsbank selbst größeren Firmen Kredite ablehnte und diese so gezwungen waren, ihre Papiere zu verkaufen.

Ebenso mußte natürlich die Steigerung des Dollars wie sein Fall einen starken Einfluß auf die Preisbewegung ausüben. Das Bild, das uns

die Preisbewegung

der letzten Tage gewährt, ist aber sehr mannigfaltig. Das Steigen des Dollars in der zweiten Januarhälfte führte natürlich dazu, daß auch die Preiswelle sich stark nach oben bewegte und jetzt steht in Frage, wie weit wieder ein Herabgehen der Preise zu erwarten ist, nachdem der Dollar wieder erheblich unter seinen Höchststand gesunken ist. Dabei ist zu beachten, daß der Dollarkurs immer noch dreimal so hoch steht wie Anfang Januar und daß deshalb die Preise nicht auf die Höhe zurückkehren können, wie wir sie Anfang Januar gehabt haben. Weiter kommt in Betracht, daß die Preise der verschiedenen Waren die Aufwärtsbewegung des Dollars in ganz verschiedenem Tempo mitgemacht haben. Bei den eigentlichen Welthandelswaren folgen die Preise dem Dollar fast unmittelbar, während andre Waren erst nach längerer Zeit mit ihren Preisen nachkommen. Bei manchen Warenpreisen setzt sich die Entwertung der Mark erst auf dem Umwege über höhere Löhne, Kohlenpreise usw. durch. Im allgemeinen steigen solche Waren sehr schnell mit dem Dollar, für deren Preis ausländische Rohstoffe eine große Rolle spielen, während Waren, in denen viel deutsche Arbeit steckt, mit ihren Preisen nachhinken. Ferner steigen die Großhandelspreise erheblich schneller als die Kleinhandelspreise. So ist es zu erklären, daß vielfach erst jetzt, nachdem der Dollar schon wieder gefallen ist, Preiserhöhungen eintreten, die auf das Steigen des Dollars von Ende Januar zurückzuführen sind, während bei andern Waren schon wieder die Preise herabsinken. Dabei ist es selbstverständlich das Bestreben der Warenbesitzer, die beim Steigen des Dollars versuchten, ihre Preise möglichst schnell der Markentwertung anzupassen, jetzt die Preise eventuell durch Zurückhaltung von Waren möglichst lange hochzuhalten. Besonders die Landwirte scheinen vielfach ihre Waren zurückzuhalten, wohl deswegen, weil sie glauben, daß recht bald die Bewegung des Dollars wieder nach oben gehen wird. Patriotisch ist ein derartiges Verhalten nicht. Was fragen aber die Agrarier danach, wenn es sich um den Profit handelt. Gerade die agrarische Presse lugt ja jetzt schon sehnsüchtig nach einer neuen Dolchstoßlegende aus, die sie gegen die Sozialdemokratie ausspielen möchte. Durch nichts wird aber die Widerstandsfähigkeit Deutschlands so untergraben, als durch das Treiben der Leute, die jetzt durch das Zurückhalten von Waren die Preise auf ihrer jetzt erreichten vielfach unnatürlichen Höhe zu erhalten oder gar noch in die Höhe zu treiben suchen. Die preissenkenden Einflüsse, die von der Besserung der Mark ausgehen, werden zum Teil dadurch aufgehoben, daß sich bei vielen Waren jetzt die Erhöhung der Frachten, der Kohlenpreise und der Löhne bemerkbar macht. Da die Löhne der Markentwertung beträchtlich nachhinken,

Brot und Arbeit für das Ruhrgebiet!

(Drahtbericht unsres Sonderkorrespondenten)

Dortmund, 19. Februar 1923. Mehr als fünf Wochen stehen die französisch-belgischen Truppen jetzt im Ruhrgebiet. Ihre Führung hat versucht, mit Franken, mit Weißbrot und später mit erbärmlichen Gewalttaten die Bevölkerung für fremde Dienste willig zu machen. Und der Erfolg? **Das Zuckerbrot hat ebenso wenig geholfen wie die Reitpeitsche.** Das ist das Bewundernswerte an der Ruhrbevölkerung, daß sie trotz den fünf Wochen Abwehrkampf, die manches seelische Opfer forderten, auch heute noch die notwendige moralische Widerstandskraft besitzt und vor allem zeigt. Gewiß sehnt jedermann, und insbesondere tun das unsre Gewerkschaftsführer, ein baldiges Ende dieser Zeit herbei. Aber die Arbeiterschaft und ihre Führer sind sich auch einig darin, daß dieses Ende unter erträglichen Umständen herbeigeführt werden muß. Solange sich hierfür keine Gelegenheit zeigt, sagte mir heute ein maßgebender Parteifreund, sei es überflüssig, nach Verhandlungen zu rufen.

Die Reichsregierung kann vieles dazu beitragen, daß die Abwehrstimmung fest bleibt. Unsre Arbeiterschaft weiß, daß das gegenwärtige Kabinett Verhandlungen nicht von einer vorherigen Entsetzung der Ruhr abhängig macht; sie wünscht aber, **daß diese Auffassung einmal klar und deutlich zum Ausdruck kommt und jede auch nur geringste Verhandlungsmöglichkeit ausgenutzt wird.** Vor allem aber verlangen die Gewerkschaften mit Recht, **daß dem Wucher schnellstens Einhalt geboten wird** und das angekündigte Wuchergericht in Dortmund bald in Tätigkeit tritt. Die Einrichtung von Lebensmittellagern an der Grenze des besetzten Gebietes, insbesondere die Schaffung großer Fettlager in Gütersloh und Rheda, findet Anerkennung. Darüber hinaus bleibt aber schnell zu erwägen, ob es nicht zweckmäßig ist, solange eine Zufuhr möglich bleibt, bei den Bergwerken und großen Hüttenwerken Nahrungsmittel aufzustapeln, **die von Zeit zu Zeit gegen Bezahlung an die Arbeiter verkauft werden.** Die Möglichkeit der Ausdehnung der zum Teil schon bestehenden Kantinen zum rationierten Lebensmittelverkauf scheint uns auch der Erörterung wert. **Auch für Arbeitsmöglichkeit muß gesorgt werden.** Es dürfte kein Geheimnis sein, daß große ausländische Firmen infolge des Einbruchs in das Ruhrrevier einen wesentlichen Teil der vordem gegebenen Aufträge zurückgezogen haben, so daß die Gefahr der Arbeitslosigkeit nicht ausgeschlossen ist. Da Kohlen und Rohmaterialien vorläufig noch genügend vorhanden sein sollen, scheint es angebracht, den sonst beschäftigungslosen Firmen Staatsaufträge zu geben. Ferner bedarf das soziale Problem der Aufmerksamkeit. Am Montag ist in Recklinghausen und Oberhausen ein großer Teil der Eisenbahnerwohnungen von den Franzosen gewaltsam geräumt worden, um für französisches Eisenbahnpersonal Platz zu schaffen. Für die so drangsalierten deutschen Frauen und Kinder sind zum Teil in Ohligs und andern Städten des unbesetzten Gebiets Wohnungen zur Verfügung gestellt. Wir erwarten, daß auch weiterhin Vorsorge getroffen wird, um diesen Opfern französischer Willkür die seelische Last zu erleichtern.

Die Verkehrsverhältnisse, die für eine ausreichende Lebensmittelversorgung bestimmend sind, können weiterhin nicht anders als schlecht bezeichnet werden. Es ist anzuerkennen, daß sich die Eisenbahndirektionen die größte Mühe geben, den Verkehr einigermaßen regelmäßig zu gestalten. Fortgesetzte Eingriffe der Franzosen, die hierin eine Hauptwaffe erblicken, machen das jedoch unmöglich. Auch Lebensmittelzüge müssen sich eine endlose Kontrolle gefallen lassen, zum Teil werden sie ausgeraubt, zum Teil auch tagelang angehalten. Eine Anzahl Bahnhöfe wurden neu besetzt. Es scheint, daß die Franzosen als dritte Strecke die Linie Düsseldorf — Essen — Nord-Bochum — Nord-Dortmund militarisieren wollen. Viel Freude haben sie mit ihren Spielereien an deutschen Eisenbahnen nicht. Ein Unglück folgt dem andern. Die Leidtragenden sind die französischen Soldaten auch hier. Am Sonntag ist das 150. französische Infanterie-Regiment wegen Meuterei von dem 170. Regiment abgelöst worden. Teile des neuen Regiments, hauptsächlich zur Uebung eingezogene Reservisten, haben ebenfalls bald den Dienst verweigert. Kein Wunder! Während die Herren Offiziere schwelgen, die großen Herren spielen, die Reitpeitsche spazieren führen und in guten Quartieren untergebracht sind, muß der einfache Soldat in der Kälte Tag und Nacht Wache stehen für nichts und wieder nichts, und muß sich mit einfacher Kost und einfachem Quartier begnügen. Das erzählt die französische Presse ihren Lesern nicht!

•

Neues Militär — neue Gewaltmaßnahmen

Dortmund, 19. Februar. (W. T. B.) Seit heute sind von Bochum her fünf Regimenter Infanterie im Anmarsch auf Dortmund. Das erste Regiment hat bereits Lütgendortmund besetzt. — Wie aus Trier gemeldet wird, sind dort starke französische Truppentransporte nach dem Ruhrgebiet zu beobachten. Seit gestern sind 15 französische Militärzüge mit Artillerie, Tanks usw. durch Trier gegangen.

Düsseldorf, 19. Februar. Heute wurde der Oberbürgermeister Küttgen, der mit einem Beigeordneten und mehreren Stadtverordneten eine Besprechung abhielt, von einem französischen Gendarmerieoffizier verhaftet und fortgeführt. Er soll eine Bekanntmachung der Franzosen, die den Widerstand der Bevölkerung beseitigen wollte, nicht angeschlagen haben. Die gesamten Angestellten der Stadt traten in den Proteststreik. — Der aus dem Ruhrgebiet ausgewiesene Düsseldorfer Regierungspräsident Dr. Grützner ist in Elberfeld eingetroffen und führt von dort aus seine Amtsgeschäfte weiter.

Im ganzen besetzten Gebiet, auch in Wiesbaden und in Offenburg, wurden gestern zahlreiche neue Verhaftungen und Ausweisungen vorgenommen. In Wiesbaden wurden der Oberpostdirektor Froch und der Telegrapheninspektor Hamel vom französischen Kriegsgericht wegen „Spionage" zu **3 Monaten und 10 Tagen Gefängnis verurteilt.** Nach der Anklage hatten die beiden Beamten ein Telegramm über Truppenverschiebungen im besetzten Gebiet an ihre vorgesetzte Behörde in Frankfurt weitergegeben.

In der vorigen Woche sind der preußische Minister des Innern, Severing, und der Reichspostminister Stingl im Ruhrgebiet gewesen und Severing hat sogar in Versammlungen gesprochen. Jetzt meldet Echo de Paris, daß für den Fall weiterer Ministerbesuche Sanktionen vorgesehen seien, die in großen Bußen der Städte, in denen Minister weilten, bestehen sollen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19230220/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

treten die infolge der Preissteigerung der letzten Wochen notwendigen Lohnerhöhungen vielfach erst jetzt ein.

Preisherabsetzungen

sind eingetreten bei Eisen und Stahl. Der Stahlbund hat seine Richtpreise mit Wirkung vom 14. Februar um 11,4 Prozent herabgesetzt. Die Roheisenpreise sind trotz dem Sinken des Dollars für die Woche vom 8. bis 15. Februar noch einmal heraufgesetzt worden, und zwar für Hämatit und kupferarmes Stabeisen auf 779 100 M. Für die Zeit vom 16. bis 23. Februar ist eine kaum nennenswerte Herabsetzung der Eisenpreise eingetreten, und zwar auf 778 800 M. Am 23. Januar, an welchem Tage der Dollar ebenso hoch war wie heute, stand der Preis für Hämatit auf 384 400 Mark pro Tonne, er wurde dann am 1. Februar auf 736 300 M. erhöht. Man sieht, wie schnell die Herren von der Eisenindustrie zu gewaltigen Erhöhungen bereit waren. Wie gering sind demgegenüber die Preisermäßigungen, zu denen sie sich jetzt entschlossen haben. Die Herrschaften wollen gute Geschäfte machen, wenn der Dollar steigt, und sie wollen gute Geschäfte machen, wenn der Dollar sinkt. Sie verdienen in jedem Fall. Gesunken sind die Schrotpreise. Es wurden in der vergangenen Woche nicht mehr als 400 000 bis 450 000 M. pro Tonne für starken Kernschrot angelegt, während in der ersten Februarwoche Preise von 510 000 bis 650 000 Mark erreicht wurden. Eine Ermäßigung ist ferner eingetreten bei den Nähgarnpreisen. Mit Wirkung vom 16. Februar hat die Verkaufsgemeinschaft Deutscher Baumwollnähfadenfabriken einen Aufschlag von 1700 Prozent festgesetzt, während ab 6. Februar ein Aufschlag von 3250 M. und vom 9. Februar von 2800 M. gilt. Interessant ist die Preisbewegung auf dem

Getreidemarkt.

Die Getreidepreise folgen im allgemeinen recht schnell dem Dollar, sie haben aber bei dem schnellen Steigen des Dollars in der zweiten Hälfte des Januars nicht Schritt halten können. Am 31. Januar wurden an der Berliner Börse für 50 Kilogramm Weizen 69 000 Mark gezahlt, während sich an der Chikagoer Börse der Preis für 50 Kilogramm Weizen nach dem damaligen Dollarkurs umgerechnet auf 107 000 M. stellte. An diesem Tage stand also der deutsche Getreidepreis erheblich unter Weltmarktshöhe. Jetzt aber haben vorläufig die Getreidepreise die Abwärtsbewegung des Dollars nur in geringem Umfange mitgemacht. Am 15. Januar stand die Tonne Weizen an der Berliner Börse auf 56 000 M., während der Chikagoer Marktpreis nach dem Dollarkurs vom 15. Januar umgerechnet sich auf 43 000 M. belief, so daß nun die deutschen Preise erheblich über Weltmarktshöhe stehen, ein Zustand, der offenbar darauf zurückzuführen ist, daß eben die Landwirte möglichst wenig Getreide auf den Markt bringen. Da die Möglichkeit der Einfuhr ausländischen Getreides gegeben ist, wird sich der heutige Getreidepreis allerdings nicht halten lassen, wenn der Dollar nicht wieder in die Höhe geht.

Ein weiteres Zeugnis dafür, daß man zwar bei einem Steigen der Preise schnell hinauf, aber bei einem Sinken des Dollars nur sehr langsam und vorsichtig herunter geht, gibt uns die Gestaltung der Mehlpreise. Am 27. Januar, an welchem Tage der Dollar auf 26 932,50 M. stand, war von der süddeutschen Mühlenvereinigung der Preis für 100 Kilogramm Weizenmehl auf 143 000 M. festgesetzt. Die Mühlenvereinigung ist dann mit ihren Preisen hinaufgegangen bis auf 270 000 M. am 1. Februar. Jetzt, wo der Dollar ungefähr auf 19 000 M. steht, ist der Preis auf 180 000 M. pro 100 Kilogramm festgesetzt worden. Die Häutepreise sind zwar gefallen, aber sie stehen noch weit über den Preisen von Mitte Januar. Am 16./17. Januar wurden für ein Pfund Rinderhäute 1310 bis 1550 M. gezahlt. Die Preise stiegen dann so hoch, daß am 8./9. Februar in Frankfurt 5100 bis 10 130 M. für ein Pfund Rindshäute gezahlt wurden. In Leipzig betrug der Preis am 15. Februar 2000 bis 5220 M. Die Preise der ausländischen Felle sind erheblich gesunken, aber die Preise für das inländische Fleisch und für das inländische Fett werden trotz dem Sinken des Dollars hochgehalten. Für deutsches Fett wird vielfach erheblich mehr als für ausländisches Fett verlangt. Die deutschen Landwirte wollen durchaus an den einmal erreichten hohen Viehpreisen festhalten. Den bisher verhältnismäßig noch geringen Preisherabsetzungen, die bis jetzt eingetreten sind, stehen zahlreiche Preiserhöhungen gegenüber. So sind die Preise für Zement am 12. Januar verdoppelt worden. Die Kalipreise sind vom 14. Februar an um 70 Prozent erhöht worden. Ferner ist eine starke Erhöhung der Preise für phosphorhaltige Düngemittel eingetreten. Die Blätter veröffentlichen lange Listen von Preiserhöhungen, die durch die Fabrikantenorganisationen erst jetzt vorgenommen werden.

Durch die neueste Entwicklung des Geldwertes und der Preise ist die deutsche Volkswirtschaft in eine sehr kritische Lage geraten. Wir sind jetzt zweifellos bei vielen Waren mit unsern Preisen über Weltmarktshöhe und es besteht die Gefahr, daß der Absatzmangel in der Industrie noch größer wird und die Arbeitslosigkeit noch mehr steigt. Es muß dringend gefordert werden, daß überall, wo die Preise nicht durch den jetzigen Stand unsres Geldes und durch die Produktionskosten gerechtfertigt sind, schleunigst eine Preisherabsetzung stattfindet. Das Publikum kann dazu beitragen, eine rückläufige Preisbewegung zu fördern, wenn es heute mit seinen Käufen zurückhält. Sehen Händler und Produzenten, daß sie ihre Waren nicht loswerden, so werden sie am ehesten bereit sein, mit ihren Preisen heruntergehen. Selbstverständlich muß versucht werden, zu verhindern, daß sich der Dollar binnen kurzem wieder nach oben bewegt. Scharfe Maßnahmen gegen die Devisenspekulation, vor allem die Verweigerung von Krediten für den Devisenhandel, sind notwendig. Vor allem aber brauchen wir dringend eine Wirtschaftspolitik, die, soweit es irgend möglich ist, die tieferen Ursachen der Geldentwertung zu beseitigen sucht.

•

Berechtigte Erregung

Durch den Amtlichen preußischen Pressedienst richtet der Präsident des Landespolizeiamts an sämtliche Polizeiverwaltungen Preußens folgende Aufforderung: „Der Präsident des Landespolizeiamts stellt mit Befremden fest, daß, obwohl seinerzeit das Steigen des Dollarkurses seine sofortige Rückwirkung auf fast alle Warenpreise gefunden hat, nunmehr die in der letzten Woche erfolgte Senkung des Dollarkurses um mehr als 50 v. H. in den Warenpreisen fast nirgends zum Ausdruck gekommen ist. Im Gegenteil stellen sich gerade jetzt die Preise einer ganzen Reihe von Inlandprodukten höher als Waren, die entweder aus dem Auslande eingeführt sind oder einen überwiegenden Bestandteil ausländischer Rohstoffe enthalten. Diese Tatsachen werden dem Präsidenten des Landespolizeiamts unausgesetzt in zahlreichen mündlichen und schriftlichen Vorstellungen aus allen Kreisen der Bevölkerung und auch in vielen amtlichen Berichten mit erschöpfendem Beweismaterial vorgetragen. Diese massenhaft einlaufenden Beschwerden legen auch Zeugnis ab von der überaus starken Mißstimmung, die in weitesten Kreisen der Bevölkerung anläßlich dieser Uebelstände herrscht. Die Polizeiverwaltungen werden erneut und unter Bezugnahme auf alle bisher ergangenen Verfügungen des Landespolizeiamts dringlichst angewiesen, diesen Mißständen nachzugehen und überall da, wo die Annahme von wucherischen Preisforderungen gerechtfertigt erscheint, sofort Ermittlungen anzustellen und gegebenenfalls die sofortige Einleitung des Strafverfahrens bei den zuständigen Stellen zu veranlassen, und wenn Tatsachen vorliegen, die die Unzuverlässigkeit des Händlers erweisen, auf Grund der Verordnung vom 23. Oktober 1915 rücksichtslos mit der Entziehung der Handelserlaubnis vorzugehen."

•

Ueberwachung der Schlachtviehmärkte

Berlin, 17. Februar. Aus Anlaß der in den letzten Wochen eingetretenen scharfen Preissteigerung für Schlachtvieh hat der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft die Landesregierungen dringend ersucht, für jeden Schlachtviehmarkt eine besondere Ueberwachungskommission aus je einem Viehhändler, einem Fleischer und einem Vertreter der Verbraucherkreise zu bilden, damit unberechtigten Preissteigerungen sogleich an Ort und Stelle entgegengetreten werden kann. Durch enges Zusammenarbeiten dieser Kommission mit den zuständigen Polizeibehörden wird in vielen Fällen eine Beschlagnahme des Viehes und die Fernhaltung unlauterer Elemente von den Viehmärkten möglich sein.

Neuer Protest gegen Ausweisungen

Berlin, 19. Februar. Die deutschen Vertretungen in Paris, London und Brüssel sind angewiesen worden, den dortigen Regierungen aus Anlaß der Ausweisung des Oberpräsidenten Fuchs eine Protestnote zu übergeben, in der gegen die Ausweisung schärfster Einspruch erhoben wird. Zugleich wird erneut gegen die Massenausweisungen protestiert und der Vorwurf der Brutalität in der Ausführung der Ausweisungen aufrechterhalten. Die Grausamkeit gegen die Angehörigen der Ausgewiesenen wird festgestellt und zum Schluß gesagt: Die Hoffnung, durch derartige Mittel deutsche Beamte dazu zu bringen, daß sie sich zur Mitarbeit gegen die deutsche Regierung und gegen das deutsche Vaterland bereitfinden, ist trügerisch. Die Mittel, die die interalliierte Rheinlandkommission anwendet, sind aber nicht nur vergeblich, sondern verstoßen gegen Recht und Moral.

•

Die Schupo wegen Grußverweigerung entwaffnet

Essen, 20. Februar. Die Lage spitzt sich immer mehr zu. Verhandlungen mit General Fournier über die Polizei verliefen ergebnislos. Darauf wurde durch zehn Tanks und zwei Kompanien Infanterie das Quartier der Schutzpolizei umstellt, die Mannschaft entwaffnet und das Gebäude besetzt. Essen ist wieder ohne Sicherheitspolizei. Der Schupo war ein Ultimatum gestellt worden, die Offiziere zu grüßen, was die Schupo unbedingt ablehnte. Es sei — so heißt es — damit zu rechnen, daß die Essener Schutzpolizei in Stärke von rund 1000 Mann Essen verlassen wird.

Essen, 19. Februar. (W. T. B.) Heute vormittag durchzog ein kleiner Trupp der Besatzungstruppen im Stadtteil Holsterhausen die Straßen. Da die Geschäfte infolge des Proteststreiks heute geschlossen hatten, öffneten die Soldaten gewaltsam die Geschäftsräume und entnahmen aus ihnen Lebensmittel, die sie in mitgeführte Säcke steckten.

Essen, 19. Februar. (W. T. B.) Gestern abend sind vier Mitglieder der englischen Arbeiterpartei in Essen eingetroffen, um sich über die Lage im Ruhrgebiet zu unterrichten. Die Essener Volkszeitung ist von der Besatzungsbehörde auf 15 Tage verboten worden.

•

Die Geldräuberei in Gelsenkirchen

Gelsenkirchen, 19. Februar. (Eig. Drahtber.) Die Franzosen haben das Stadtinnere von Gelsenkirchen noch nicht geräumt. Post, Telegraph und Eisenbahn sind besetzt. Ein Durchgangsverkehr ist möglich, jedoch fahren Züge nicht ab. Für das Innere des Stadtgebiets ist der Verkehr von abends 7 Uhr bis morgens 7 Uhr verboten. **Nach amtlichen Feststellungen sind den Franzosen am Sonnabend und Sonntag durch Beschlagnahme etwa 90 Millionen Mark in die Hände gefallen, darunter ein Teil der Ruhrhilfe und von dieser wieder ein Teil in ausländischen Devisen, zum Teil geistigen Frank, Dollar und Kronen. Durch Straßenraub ist ihnen, soweit bisher festgestellt werden konnte, die Summe von 1 700 000 M. in die Hände gefallen. Jeder mit einer Handtasche oder einer Aktenmappe versehene Fußgänger wurde auch gestern angehalten und auf Geld untersucht. Größere Geldbeträge wurden ihnen weggenommen.**

In Dorsten wurde von der französischen Besatzung für eine Million Mark Hausgerät beschlagnahmt. Das Gerät soll zur Einrichtung eines Offizierskasinos dienen.

Einer Meldung aus Recklinghausen zufolge raubte ein französischer Offizier im Rathause von Recklinghausen **für mehrere Millionen Mark Schreibmaschinen.** Man nennt das militärisch „Requirierung". Bezahlung gibt es nicht dafür.

•

Der „Erfolg" für Belgien

Brüssel, 18. Februar. (Eig. Drahtber.) Unser Brüsseler Parteiorgan, der Peuple, zieht in seiner Sonntagsnummer die Bilanz der ersten fünf Wochen der Ruhrbesetzung für Belgien: **Ein allgemeines Steigen der Preise für die notwendigsten Artikel,** das sich zwischen 10 und 20 Prozent bewegt. Statt monatlich 140 000 Tonnen Kohle umsonst zu bekommen, **haben wir 35 000 Tonnen erhalten, die wir bezahlen müssen.** Die Hüttenindustrien haben keinen Koks mehr und drohen, die Hochöfen abzudämpfen. Die Arbeit in den Kalkbrennereien ist schon **um 75 Prozent eingeschränkt;** demnächst werden die Betriebe ganz schließen. Im Hafen von Antwerpen, wo es im Durchschnitt 900 Arbeitslose gab, **werden jetzt täglich 2200 bis 2700 gezählt.** Die Delegierten des industriellen Zentralausschusses haben den Ministerpräsidenten gebeten, das Gesetz über den Achtstundentag in den Bergwerken aufzuheben.

•

Poincaré vor dem Kammerausschuß

Eine längere Meldung aus Paris besagt, daß Poincaré im Kammerausschuß für Auswärtiges die geforderten Aufklärungen über seine Ruhrpolitik gab. Er habe dreieinhalb Stunden geredet und alles erläutet. Er ersuchte, die Erläuterung in nächster Woche fortsetzen zu dürfen, was einmütig beschlossen wurde. Der Vorsitzende dankte für die Aufklärung und lobte die kluge und feste Methode der Regierungspolitik. — So ist Poincaré bis auf weiteres der Herr über das Parlament.

•

Erfolgloser Vorstoß der englischen Liberalen

London, 19. Februar. (W. T. B.) Heute begann im vollbesetzten Unterhause die Aussprache über den gemeinsamen liberalen Abänderungsantrag zur Antwort auf die Thronrede, worin gefordert wird, daß bezüglich der Operationen im Ruhrgebiet der Völkerbundrat ersucht werden solle, unverzüglich eine Kommission von Sachverständigen zu ernennen, um Bericht zu erstatten über die Fähigkeit Deutschlands, Reparationen zu zahlen, sowie über die beste Art, solche Zahlungen zu verwirklichen. Der britische Vertreter im Völkerbunde solle beauftragt werden, darauf zu dringen, daß eine Einladung an die amerikanische Regierung ergehe, Sachverständige für diese Kommission zu ernennen. — Die konservative Regierungspartei erklärte sich gegen den Antrag. Lloyd George erklärte: Die Freundschaft für Frankreich bedeute nicht, daß England jede Handlung eines französischen Ministeriums billigen müsse. In der Reparationsangelegenheit sei nichts zu finden, was einen derartigen gewaltsamen Schritt, wie ihn Frankreich unternommen habe, erforderlich machte. Er sei von der Berechtigung der Forderung von Reparationen überzeugt. Wenn aber der jetzt unternommene Schritt keinen Erfolg habe, dann lämen Reparationen nicht mehr in Frage. Wenn er jedoch Erfolg habe, würden die Kosten derart hoch sein, daß ebenfalls keine Reparationen herausspringen würden. Lloyd George appellierte an die Regierung, eine Aktion zu unternehmen, und sprach die Ansicht aus, die Regierung solle sich mit den Vereinigten Staaten in Verbindung setzen. Beide Länder sollten dann gemeinsam an Frankreich herantreten.

Der liberale Abänderungsantrag wurde schließlich mit 305 gegen 196 Stimmen abgelehnt.

Leben • Wissen • Kunst

Religion als Problem

Die Vortragsreihe der hiesigen Ortsgruppe der Schopenhauer-Gesellschaft „Religion als Problem" fand ihre Fortsetzung in dem Vortrage des Leipziger Hochschulpfarrers Wilhelm Weier über „Katholizismus". Der Redner ging davon aus, daß nach katholischer, manchen extremen Richtungen des Protestantismus entgegengesetzter Auffassung alle Religion nicht bloß subjektiver Art sei, sondern eine objektive Erkenntnis Gottes als einer Tatsache, als des Urgrundes aller Dinge und als des letzten Zieles menschlichen Strebens; subjektiv daran sei bloß dies, ob der Mensch diese Tatsachen annimmt, sich ihnen zuwendet. Aber nicht nur die natürliche Religion, die Sache des allgemein-menschlichen Verstandes sei, erfasse Gott, sondern er habe sich — nach katholischem Glauben — außerdem auf besondere Weise in den jüdischen Patriarchen, sodann in Christus und seiner Kirche offenbart. Diese Offenbarung ist dem Verstande unfaßbar. Aber wo Gott spreche und der Verstand nicht folgen könne, beginne eben der Glaube! Das ist der berühmte katholische Grundsatz vom notwendigen und frommen Opfer des Verstandes (sacrificium intellectus), ein Opfer, das nicht verlangt werde auf dem Gebiete des Verstandes selbst, sondern eben dort, wo seine Grenze sei. Für den Katholiken ist Christus nicht allein wahrer Mensch, sondern zugleich auch wahrer Gott, bezeugt nicht nur durch das wunderbare Zusammenbestehen von tiefster Demut und höchstem Selbstbewußtsein in seinem Wesen, sondern auch von der Ueberlieferung im Neuen Testament. Die Glaubwürdigkeit dieser Ueberlieferung stehe dem Katholiken um so fester, als neuerdings auch von protestantischen Forschern den Texten ein höheres Alter zugebilligt würde. Aber auch in seiner Kirche selbst erblickt der Katholik eine unmittelbar von Christus, also von Gott gestiftete Einrichtung. Ausdrücklich wolle Christus — nach den Worten des Neuen Testaments — seine Kirche auf Petrus gründen; er übergebe ihm feierlich die bindende und lösende Gewalt, die auch für den Himmel Geltung haben solle. Eine autoritative Stelle mußte die Bewahrerin seines Wortes sein. Der Unterschied von lehrender und hörender Kirche (Priestern und Laien) komme ebenfalls bereits im Neuen Testament durch die Vorrangstellung des Petrus und der andern Apostel zum Ausdruck. Die Kirche sei eine nach fester Rangordnung gegliederte, im Gehorsam der Unteren gegen die Oberen (Hierarchie) organisch verbundene Gemeinschaft, als deren Haupt Christus angesehen würde; sie selbst sei gleichsam der Leib Christi, die ihr Angehörigen die Glieder dieses Leibes. Gebe es eine absolute Wahrheit, der eben die Kirche als von Gott gestiftete Einrichtung, als Christuskorporation teilhaft sei, so folge daraus der viel angefeindete Gedanke der Unfehlbarkeit der Kirche von selbst. Eine höhere Gewißheit als die durch göttliche Offenbarung sei nicht denkbar. Die Unfehlbarkeit der Kirche erstrecke sich lediglich auf Angelegenheiten des Glaubens und der Sittlichkeit. Das erst im 19. Jahrhundert aufgestellte Dogma von der Unfehlbarkeit des Papstes sei nur eine logische Folge aus den längst geltenden Dogmen; es beziehe sich nicht auf private Aeußerungen oder Schriften der zufälligen, vielleicht sogar sündigen Persönlichkeit, die den päpstlichen Stuhl innehabe, sondern nur auf feierliche Entscheidungen des Papstes als Amtsperson (ex cathedra) in Dingen des Glaubens und der Moral. Es habe auch nur eine negative, hemmende und konservative Bedeutung, sofern der Papst nicht daran denke, neue Lehrmeinungen zu produzieren — das sei Sache der theologischen Gelehrsamkeit —, sondern nur praktisch eingreife, wo es gelte, ein Verirren in irgendeine Modemeinung zu verhüten und die Kirche vor Abwegen zu bewahren.

Wenn man dem Katholizismus vorwerfe, daß er mit der Freiheit der Wissenschaft unvereinbar sei, so treffe dies nach katholischer Auffassung nicht zu. Es stehe die dem Verstand unbegreifliche Glaubenswahrheit fest, ein Widerspruch der Vernunftwahrheit mit ihr könne gar nicht eintreten, da es keine doppelte, sondern nur eine einzige Wahrheit gebe. Die Zurückhaltung der Kirche gegenüber Modemeinungen, ihre konservativ-kritische Stellung sei für die Wissenschaft durchaus heilsam, obwohl zugegeben werden müsse, daß das Dogma manchmal etwas zu eng ausgelegt worden sei. Sofern die Kirche sich an den Willen wende, sei sie die Führerin zur Heiligkeit, das heißt zum sittlich vollkommenen Leben. Während außerhalb des Katholizismus und außerhalb der Religion überhaupt große Verwirrung in den ethischen Richtungen und den Begründungen der Ethik herrsche, sei die Sittenlehre der katholischen Kirche einheitlich, einfach und sehr klar und fest. Im Gegensatz zur modernen Philosophie nichtkatholischer Herkunft lehre sie, daß die Ethik nicht auf freier Selbstbestimmung beruhe, sondern heteronom, nämlich von Gott gegeben sei. Was die oft angegriffene Lohn- und Strafmoral anlange, so sei nicht Hoffnung auf Belohnung und Furcht vor Strafe, sondern einfach Liebe zu Gott der tiefste Beweggrund des moralischen Handelns für den Katholizismus.

(Schluß folgt.)

Konzert

Volks-Sinfoniekonzert. Unter Kapellmeister Willy Kaues tüchtiger Führung kam zwischen Dvoráks Karnevalsouvertüre und Brahms dritter Sinfonie des Russen Rimsky-Korsakoff einsätziges Klavierkonzert in Cis-Moll zu Gehör. Sepdanie Schebatowitch spielte den Solopart. Das Werk strömt Patschulidukt und Hitze aus; es könnte ein Spiegelbild des Petersburger Highlife von 1905 sein. Die Pianistin führte den Solopart schwungvoll und mit stilistischem Anpassen aus. Von der Brahmsschen Sinfonie hörte ich mir den ersten Satz an. Er bietet dem Orchester vielerlei Schwierigkeiten, die gestern nicht allenthalben überwunden wurden. Gewiß hat es dem in diesem Winter so vortrefflich bestellten und eingespielten Orchesterkörper nur an Zeit zu eingehendem Studium dieses Werkes gemangelt. Aber hieraus kann man wieder die besondre Stellung des Orchestermusikers, ja des Künstlers überhaupt, erkennen: Er ist sozusagen wohl ein gelernter Arbeiter, aber zum Hervorbringen einer künstlerischen Gesamtleistung muß er sich in jedem Falle besonders einstellen, muß immer und immer wieder vom Einzelnen heraus das Ganze zu erfassen suchen.

P. B.

Vortrag

Der zweite Heimatschutzabend im Vereinshaus war der Erinnerung an Hermann Vogel, den vor 2 Jahren, am 22. Februar 1921, verstorbenen vogtländischen Maler und Zeichner, gewidmet. Oberlehrer Rödiger aus Plauen, Landsmann und Freund des Künstlers, gab zunächst ein kurzes Bild von dem Werdegang Vogels, dessen Werk, dank der Verbreitung der Münchner „Fliegenden Blätter", für die er hauptsächlich schuf, weit über Deutschlands Grenzen bekannt geworden ist. Als Sohn eines Maurermeisters am 16. Oktober 1854 in Plauen i. V. geboren, besuchte Hermann Vogel zuerst das Gymnasium seiner Vaterstadt; eine Reise in das Land Viktor Scheffels gegen Ende der Schulzeit veranlaßte als erste Arbeiten eine Anzahl Zeichnungen zum „Ekkehard". Nach der Reifeprüfung ging Vogel nach Leipzig, um die Rechte zu studieren, warf die Kollegienhefte aber bald wieder in den Winkel und verschrieb sich mit Haut und Haar der Kunst. Kurze Zeit war er an der Dresdner Akademie, wo ihm der herrschende Schematismus den Aufenthalt bald verleidete; ein Versuch, Schiller Anton von Werners, des genialen Malers blankgeputzter Militärstiefel, zu werden, schlug ihm zum Glück fehl, und ohne Lehrer, wenn auch nicht ohne Vorbild entwickelte nun Vogel seine Begabung. Mochte er selber es auch nie wahr haben wollen, so muß unbefangene Beurteilung doch feststellen, daß seine Kunst von der Ludwig Richters stark beeinflußt worden ist; nur ist Vogels Humor krauser, noch üppiger blühen die Einfälle auf seinen Blättern auf, die Linien sind kräftiger, die Flächen malerischer behandelt. —

Im Lichtbilde zeigte Oberlehrer Rödiger aus dem reichen Werk des Verstorbenen vor allem solche Arbeiten, in denen des Künstlers engere Heimat sich widerspiegelt, ihre Burgruinen und Kirchen, ihre Mühlen und Schenken, ihr Wald mit seinen Tieren, ihre Menschen in den prächtigen Volkstrachten, ihre ehrwürdigen Einrichtungen und Bräuche. Dann und wann führte ein Blatt über die Grenzen des Vogtlandes hinaus, nach Thüringen oder dem Elbegebirge. Daß die im Original oft nicht einmal handtellergroßen Zeichnungen in der vielfachen Vergrößerung nicht zerfielen, zeugt für die saubere Kleinarbeit Vogels. Die meisten Arbeiten ließen ihre künstlerischen Qualitäten auch noch im Abbild auf der Leinwand erkennen. Der Schwarzweißkünstler Winter lieferte Vogel die Vorwürfe zu den schönsten unter den gezeigten Bildern, einer Sturmnacht in einem vogtländischen Dorf und einem lustigen Heiligen Abend in dem Städtchen Hohenstein. Die Huldigungen,

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19230220/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Diese Republik!

Hamburg, 19. Februar. (Eig. Drahtb.)

In der Nacht zum Sonntag ist im Hotel Kaiserhof in Altona eine Geheimversammlung der Nationalsozialisten, in der Roßbach sprechen sollte, von der Polizei aufgelöst und Roßbach sowie vier andre Führer der Bewegung verhaftet worden. Die Versammelten trugen zum größten Teil Hakenkreuzbinden und waren mit Handwaffen versehen. Es wird gegen die Führer ein Strafverfahren eingeleitet werden. Leider hat auch die Altonaer Behörde bei Roßbach eine Verdunkelungsgefahr und Fluchtverdacht als nicht vorliegend erachtet und ihn wieder aus der Haft entlassen.

Leutnant Roßbach wurde im Herbst v. J. schon einmal in Berlin verhaftet, dann aber unbegreiflicherweise wieder freigelassen. Diesen Gnadenerweis der Republik hat er mit einer wüsten Hetze gegen die Regierung und Umsturzdrohungen beantwortet. Am 23. November erklärte er anläßlich der vierten Jahresfeier der Sturmabteilung Roßbach in München, aus Oberschlesien werde bald ein zweites Bayern werden, man werde „eine große, einheitliche Machtorganisation" schaffen, „die endlich mit dem jetzigen Unsinn aufräumt". Er kündigte an, daß er sich mit seinen Getreuen „mit Gummiknüppeln und Bajonetten" den Weg bahnen werde. Den Bayern sagte er, daß sie bald Gelegenheit zu Taten haben werden. „Hoffentlich haben wir auch in Preußen bald Gelegenheit. Vor uns zittern die deutschen Machthaber." Dieser Mann, der getreu seinen damaligen Versprechungen im ganzen Lande herumreist, und zum bewaffneten Widerstand gegen die bestehende Staatsordnung ermuntert, kann nicht verhaftet werden, weil sich bis heute in Preußen noch kein Staatsanwalt gefunden hat, der einen Haftbefehl gegen ihn erläßt. Man schüttelt den Kopf: Diese Republik!!

•

Ein andres Beispiel: Die bayerische Regierung ist zwar am 27. Januar vor den Drohungen Hitlers zurückgeschreckt, aber man durfte zumindest die Hoffnung hegen, daß sie aus den unverschämten Provokationen dieses „Führers" und seiner Banden die Erkenntnis schöpfen würde, daß es ihrem Ansehen einträglicher sei, diese Gesellschaft zu meiden. Wer so viel Takt von der bayerischen Regierung und ihrem Ministerpräsidenten erwartete, sieht sich heute genarrt. Unter den Organisationen, die auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik verboten wurden, befand sich auch der Bund „Stahlhelm". Vor einigen Tagen wurde das Verbot gegen ihn aufgehoben. Bei der ersten Versammlung — „Siegesfeier?" —, die dieser Bund nach der Aufhebung des Verbots in München veranstaltete, ließ es sich der bayerische Ministerpräsident, Herr v. Knilling, nicht nehmen, in höchsteigener Person, und in Begleitung seines Finanzministers zu erscheinen. Ja, noch mehr! Wie seinerzeit in der großen Kundgebung, in der Hitler und Ludendorff redeten, so nahm auch hier der Ministerpräsident das Wort zu einer Ansprache. Herr v. Knilling redete von der „Einheitsfront zur Abwehr des französisch-belgischen Einfalls ins Ruhrgebiet", ohne daran zu denken, daß der Kampf der Leute um Hitler, zu denen auch die Stahlhelm-Gesellen gehören, in erster Linie den „Novemberverbrechern" gilt. Herr v. Knilling erbat Vertrauen für die gegenwärtige Reichsregierung, insbesondere für Herrn Cuno. Der bayerische Ministerpräsident sollte daran denken, welch ungeheuren Schaden seine Regierung durch das Zurückweichen vor den Hitler-Leuten verursacht hat, welch große Erbitterung es unter den im Kampfe gegen die fremden „Eroberer" stehenden Ruhrleuten hervorrief. Der neueste Seitensprung des führenden bayerischen Staatsmannes wird weder die Einheitsfront noch den Abwehrwillen der Ruhrbevölkerung stärken.

Was sagt übrigens Herr Cuno dazu, daß der Führer des zweitgrößten Landes bei Geheimbündlern um Vertrauen für ihn wirbt?

•

Weiter: Während der bayerische Ministerpräsident die bayerischen Rebellen auffordert, der Reichsregierung zu vertrauen, setzt die bayerische Radaupresse in der unflätigsten Weise den Kampf gegen die Reichsregierung fort. Am 16. Februar brachte der Miesbacher Anzeiger anläßlich der Reise des Reichspräsidenten nach Süddeutschland einen Artikel unter der Ueberschrift „Genosse Ebert", dem wir folgende Stelle entnehmen:

Bene loquasti pater Sebasti! — oder ins Berliner Deutsch übersetzt: Du hast jut jebrüllt, Fritze!

Schade, Fritze, daß du diese Rede pro patria, ist gleich für das Vaterland, um ganze viereinhalb Jahre zu spät improvisiert hast.

Vergiß nicht, Genosse Ebert, daß du und deine Mitarbeiter vorbereitet und geschaffen haben, was Deutschland heute erlebt. Du und deine Freunde haben im Grunde genommen kein Recht zur Klage. Ihr habt, wenn nicht gewollt, gefördert, was heute ist.

Ich will deiner langsam fortschreitenden Erkenntnis zu Hilfe kommen und dich sehend machen. Vielleicht findest du, wenn das deutsche Elend zum Himmel schreit und Proletarier und Bourgois Arm in Arm miteinander als Bettler durchs Leben wandeln, vielleicht sage ich, findest du den Mut, dich und die Genossen anzuklagen, dieses namenlose Elend über Deutschland heraufbeschworen zu haben.

Wir erwarten nicht, daß die bayerische Regierung das Gesetz zum Schutze der Republik anwendet, um gegen die Schmierfinken vom Miesbacher Anzeiger vorzugehen. Von der Reichsregierung aber verlangen wir, daß sie nicht nur im Interesse des Ansehens der deutschen Republik und des vom deutschen Volke gewählten Staatsoberhauptes, sondern vor allen Dingen im Interesse einer erfolgreichen Durchführung des Kampfes um das Ruhrgebiet Maßnahmen trifft, um dem bayerischen Preßgelichter einen diskutableren Ton beizubringen!

Sächsischer Landtag

18. Sitzung. Dienstag, 20. Februar 1923, vormittags 11 Uhr.

Zur Beratung kommt zunächst das Ausführungsgesetz zum Reichsgesetz über die Aenderung der Gewerbeordnung. Es regelt die Beitragserhebung zur Leipziger Mustermesse. Die Vorlage wird einstimmig angenommen. — Dann begründet

Abg. Schembor (Soz.) einen Antrag, der ein

Nachtragsgesetz zum Wassergesetz

erstrebt. Der Antrag lautet:

Die Regierung zu ersuchen, daß sie zur Durchführung der nach gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten nötigen Reformen ein Nachtragsgesetz zum Wassergesetz dem Landtag vorlegt, sobald ihr der wesentliche Inhalt und Umfang der Reichswasserstraßenordnung bekannt ist.

Der Antragsteller führte aus: Wir glauben, daß die baldige Durchführung einer Reform schon im Hinblick darauf, daß die Wasserrechtsordnung in andern deutschen Staaten vom sozialen Standpunkt aus vollkommener ist als in Sachsen, notwendig ist. Wir möchten unser Ziel in zwei Etappen zu erreichen versuchen. Es wird möglich sein, bald ein Nachtragsgesetz zu schaffen, durch das klar das Oeffentlichkeitsprinzip für Quellwasser und Grundwasser ausgesprochen wird, und, sobald der Inhalt und der Umfang der Reichswasserstraßenordnung erst Gesetz ist, wird es auch möglich und notwendig sein, die Rechte bezüglich der fließenden Gewässer, die sogenannten Anliegerrechte, auf eine neue soziale Grundlage zu stellen. Die Tatsache, daß das Wasser jetzt zu den wichtigsten Bodenschätzen gehört, ist eigentlich im Volke bis jetzt viel zu wenig gewürdigt worden, und doch hängt von einer richtigen Wasserwirtschaft viel, wo nicht alles ab für das Gedeihen der Landwirtschaft, also das Gedeihen der Ernährungswirtschaft, aber auch für viele Industriezweige, vor allen Dingen aber auch für die Waldwirtschaft. Vor allen Dingen aber hängt auch von der Wasserwirtschaft viel ab für unsre Volksgesundheit.

Nach dem § 4 des jetzigen Wassergesetzes in Verbindung mit dem § 1 ist gesagt, daß das Eigentum an einem Grundstücke sich auch auf die unterirdischen Gewässer erstreckt, daß sind also Grundwasser und Quellen und Quellabflüsse. Damit ist das Monopol am Wasser ausgesprochen und gesetzlich verankert. Wir müssen verlangen, daß dieses Monopol beseitigt wird und daß gesetzlich festgelegt wird, daß das Wasser Gemeineigentum ist. Nach dem jetzigen Recht verfügen die Grundstücksbesitzer auch über das Grundwasser, aus dem ja übrigens die Quellen wohl meist gespeist werden. Auch das ist ein unhaltbarer Zustand.

Wir betrachten das Grundwasser und das Quellwasser als einen Bodenschatz, der in das Gemeineigentum gehört, zwar nicht in das Gemeineigentum im früheren Sinne des Nationaleigentums, sondern als ein kollektives Eigentum, an dem Reich, Staat und Gemeinden das Verfügungsrecht haben müssen. Um aber zu diesem Gemeineigentum am Wasser zu kommen, muß es möglich sein, die Oberflächen der Grundstücke, die in Frage kommen, zu enteignen.

Außer der Enteignungsmöglichkeit wird es noch nötig sein, sowie das im württembergischen Wassergesetz der Fall ist, daß festgesetzt wird, daß jede Förderung oder Wegleitung von Grund- und Quellwasser dem Oberflächenbesitzer untersagt wird, auch für den Fall, daß zunächst das Gemeinwesen, also der Staat oder die Gemeinde, keinen Anspruch auf den Wasserschatz erhebt. Auch in diesem Falle können wir ein Verfügungsrecht für den Oberflächenbesitzer am Wasser keineswegs zugestehen. Die Materie, soweit es sich bei dem Wassergesetz um Grund- und Quellwasser handelt, muß durch eine Novelle zum Wassergesetz vorweggenommen werden, ehe eine Neuregelung des allgemeinen Wasserrechtes, also auch des Rechtes an oberirdisch fließenden Gewässern, durchgeführt wird. Es müßte nun nach meinem Dafürhalten möglich sein, allgemeine Wasserwirtschaftsgenossenschaften zu gründen für jeden Bezirk, an denen Staat und Gemeinden beteiligt sind, bei denen aber auch die Anlieger mit ihren Ansprüchen zur Geltung kommen können. Die Initiative bei diesen Genossenschaften müßte natürlich die Behörde haben.

Wenn wir in Sachsen mit der Wasserrechtsordnung noch hinter andern Staaten zurückstehen, so liegt die Schuld hauptsächlich an dem früheren Klassenparlament, das wir in Sachsen gehabt haben. Schon im Jahre 1848, also vor 80 Jahren, ist in Sachsen ein Anlauf zu einer sozialen Gestaltung der Dinge gemacht worden; aus diesen Anregungen ist dann aber nichts geworden. Im Jahre 1905 nun hat die Regierung im damaligen Landtage einen Entwurf vorgelegt, der das Oeffentlichkeitsprinzip für ständig fließende Gewässer begründen wollte. Die Zweite Kammer — das war die eigentliche Volksvertretung — hatte diesen Entwurf der Regierung abgelehnt. Damals hat die Regierung ihre Vorlage verteidigt wie eine Löwin ihr Junges; sogar die Erste Kammer, die frühere sogenannte Dunkelkammer, hatte sich für die Regierungsvorlage ausgesprochen. Aber es war nichts zu machen: die frühere Zweite Kammer, die Volksvertretung, war noch dunkler als selbst die Dunkelkammer und hat unter Führung des damaligen Konservativen Opitz die Wasserrechtsvorlage der Regierung abgelehnt, das Oeffentlichkeitsprinzip abgelehnt und das Privatrecht am Boden in dem Naturschatz des Wassers begründet. (Zuruf rechts.) Sehr richtig! sagen Sie; das ist verflucht falsch, und wir werden unter allen Umständen dafür sorgen, daß dieses bisherige Wasserrecht oder vielmehr Wasserunrecht aufgehoben werde. Im Jahre 1914 ist ein neuer Anlauf zur Revision des Wasserrechts gemacht worden, aber die Sache ist dann nicht weiter getrieben worden. In den letzten Jahren hat die Landesstelle für Gemeinwirtschaft in einer Denkschrift, in allen Gutachten und auch sonst bei Verhandlungen sich für die Reform des Wasserrechts ausgesprochen.

Im Ministerium des Innern sind nach meiner Information auch bereits Vorarbeiten durchgeführt worden, so daß diese wichtige Arbeit nun in Angriff genommen werden kann, ohne große Verzögerung.

Ich habe Sie nun zu bitten, unserm Antrag in dem dargelegten Sinne zuzustimmen, damit wir auch in Sachsen einen der wichtigsten Naturschätze oder den wichtigsten Naturschatz, das Wasser unter ein soziales Recht stellen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

(Die Verhandlungen dauern bei Redaktionsschluß fort.)

Wasserstände der Moldau, Iser, Eger und Elbe

	Meßort	18.	19
Moldau	Budweis	— 8	— 20
Moldau	Modran	+ 55	+ 88
Iser	Jungbunzlau	fehlt	+ 10
Eger	Laun	+ 50	+ 28
Elbe	Warbubitz	— 26	— 88
Elbe	Brandeis	+ 100	+ 90
Elbe	Melnik	+ 96	+ 84
Elbe	Leitmeritz	+ 97	+ 85
Elbe	Aussig	+ 136	fehlt
Elbe	Dresden	— 12	— 28

Gedenkblätter und ähnlichen Gelegenheitsarbeiten, die aus geschichtlichen Tagesereignissen und politischen Anlässen entstanden sind und zumeist überquellen von „Allegorie und Zoologie", sind künstlerisch das Belanglosete im Werk Vogels und werden vergessen sein, wenn der Märchenerzähler, der Heimatschilderer, der Humorist nicht bloß in seinem engeren Vaterlande noch in hohen Ehren steht.

pm.

Dresdner Kalender

Theater am 21. Februar. Opernhaus: Madame Butterfly (7½). Volksbühne Nr. 5554 bis 5586. — Schauspielhaus: Die Journalisten (7). Volksbühne Nr. 5587 bis 5619. — Neustädter Schauspielhaus: Die Mäusekönigin (8½); Die Balkonprinzessin (7½). — Residenz-Theater: Die Dollarprinzessin (7½).

Volkshochschule. Donnerstag den 22. Februar, abends 7 bis 9 Uhr, findet in der Drei-König-Schule, Arnimstraße 17, die Vorbesprechung zu den drei erdkundlichen Wanderungen die Sächsische Schweiz mit Studienrat Joh. Nußner statt. Teilnehmerkarten zu den Wanderungen werden noch ausgegeben.

Mikroskopischer Kursus für Anfänger. Wer sich für den Kursus, der nach Ostern stattfinden soll, hatte vormerken lassen, wird gebeten, Sonnabend den 24. Februar, abends 7½ Uhr, in der Drei-König-Schule, Arnimstr. 17, I., Zimmer Nr. 25, zu einer Besprechung zu erscheinen. Auch sonstige Interessenten sind dazu eingeladen.

Kleine Mitteilungen

Das bist du! das in Dresden zur Uraufführung gelangte philosophische Drama unsres gelegentlichen Mitarbeiters Dr. Friedrich Wolf ist nun auch in Wien unter Beifall gegeben worden. Die ausführliche Besprechung in unserm dortigen Parteiblatt, der Arbeiterzeitung, erhebt gegen das Stück den Einwand, daß es dem Autor nicht gelungen sei, das Gedankliche in den dem Drama zugrunde liegenden philosophischen Systemen der indischen Upanishaden und Schopenhauers zum unmittelbaren Gefühlserlebnis zu gestalten, rühmt aber Darsteller und Ausstattung.

Neueste Telegramme

Die Engländer machen den Franzosen Platz!

Wie aus Köln gemeldet wird, sind die Bahnhöfe Würselen, Mariendorf und Mariengrube seit Montag mittag 1 Uhr besetzt. Die englische Besatzung des Bahnhofs Neuß ist durch französische Truppen ersetzt worden.

Neue Maßnahmen in Gelsenkirchen

Gelsenkirchen, 20. Februar. Nachdem gestern abend der Direktor der hiesigen Reichsbank, Jurz, aus der Haft in Recklinghausen entlassen worden war, erfolgte heute morgen eine neue, sehr starke Besetzung der Reichsbank. Nach sechsstündigen Verhandlungen wurde Direktor Jurz aufs neue verhaftet. Es handelt sich hierbei um die Umwechslung des von den Franzosen beschlagnahmten, außer Kurs gesetzten Notgeldes der Stadt Gelsenkirchen. Außer Jurz wurden im Laufe des gestrigen Tages noch weiter verhaftet der Leiter der Gelsenkirchener politischen Polizei, Polizeirat Hammer, ebenso ein andrer Beamter der Polizeiverwaltung. Nachdem die gestrige Stadtverordnetenversammlung wiederum die Bezahlung der hundert Millionen Mark abgelehnt hatte, erfolgten neue Maßnahmen der Franzosen. So sollen die Geschäfte gezwungen werden, Waren abzugeben. Da das größte Kaufhaus in Gelsenkirchen, Alsberg, den Verkauf von Waren abgelehnt hatte, erfolgte die Schließung und gewaltsame Hinaustreibung der Käufer aus den Räumen. Zwei Abteilungschefs wurden verhaftet und im Geschäft ein Posten zurückgelassen. Hierauf stellten sämtliche Geschäfte von Gelsenkirchen ihre Verkaufstätigkeit ein. Weiter ordnete die Besatzungsbehörde an, daß bei neuen Zwischenfällen die verantwortlichen deutschen Beamten sofort verhaftet werden würden, und die Ortschaften, in denen solche Zwischenfälle vorgekommen sind, mit einer entsprechenden Geldbuße belegt werden würden.

Ein Elbdampfer gesunken

Magdeburg, 20. Februar. Der auf der Elbe vor Anker liegende Dampfer Reinburg, in Halle beheimatet, der mit Stückgutladung von Hamburg nach Halle unterwegs war, ist aus unbekannter Ursache gesunken. Die Mannschaft konnte nur knapp das Leben retten. Der Schaden ist groß.

Letzte lokale Nachrichten

Einbrüche. Am 15. Februar, vermutlich in den zeitigen Morgenstunden, wurden einer Firma am Neustädter Markt nach Zertrümmern der Schaufensterscheibe aus der Auslage 3 Nickelservice, 1 Teemaschine, 3 Nickel- und Glasbahnenservice, 1 Liörservice, 2—3 Keksdosen, 1 Butter- und 1 Eierdose, 1 Teewärmer, 1 Fruchtkorb, 6 Trinkgläser aus Nickel, 18 Eßbestecke mit schwarzem Holzgriff, 6 Alpaka-Eßlöffel, 6 Alpaka-Teelöffel mit Etui, mehrere Butter- und Käsebestecke, 2 Geflügelscheren, 12 silberne Messerbänkchen, 2 Nußknacker, ein Dutzend Taschenmesser und mehrere kleine Scheren im Gesamtwerte von 1 269 000 M. gestohlen. — In der Nacht zum 18. Februar wurde in Kleinzschachwitz ein Schwein, 1¼ Zentner schwer, im Stalle abgestochen und gestohlen. Die Diebe haben ihren Weg mit der Beute nach Meußlitz zu genommen. Der Bestohlene hat für Ermittlung der Täter hohe Belohnung zugesichert.

Ein Millionenschwindler festgenommen. Der hiesigen Kriminalpolizei gelang es, den Millionenschwindler, der zuletzt in Leipzig sein Unwesen trieb und seit einigen Tagen sein Arbeitsfeld nach hier verlegt hatte, festzunehmen. Er wurde in der Person des Buchhändlers und Aufkäufers Max Georgi, am 7. Mai 1888 in Danzig geboren, in Berlin, Elisenstraße 56, wohnhaft, festgestellt. Georgi hatte auch hier bereits bei mehreren Firmen Käufe und Bestellungen auf Zigaretten und Schokolade im Gesamtwerte von 200 Millionen Mark gemacht und dafür Schecks, die er mit Münzenberg unterschrieb, in Zahlung gegeben. Die mit den Aufträgen bedachten Firmen erfuhren durch eingezogene Erkundigungen, daß sie einem Schwindler in die Hände gefallen waren, und erstatteten deshalb Anzeige. Georgi beziffert selbst seine Einkäufe und Bestellungen in verschiedenen Städten Deutschlands auf insgesamt 4½ Milliarden Mark. — Weiter gelang es der Polizei, die Einbrecher zu ermitteln und festzunehmen, die in der Nacht zum 30. Januar aus einem Tuchgeschäft in der Ringstraße für 14 Millionen Mark Tuche gestohlen hatten. Von den gestohlenen Tuchen konnte ein großer Teil wieder herbeigeschafft und der geschädigten Firma ausgehändigt werden. — Ferner wurden von der Kriminalpolizei sieben Personen ermittelt, die in letzter Zeit in Vorstadt Pieschen, Trachenberge und der Leipziger Vorstadt für mehrere hunderttausend Mark Metalle, darunter Abfälle von Eisenbahnschienen usw., gestohlen hatten.

Diebstähle. Am 15. Februar wurden aus dem Eisenwerk Lichtentanne mittels Einbruchs 1 Schreibmaschine Continental Nr. 63 515 und 1 Schreibmaschine Ideal C Nr. 40 686 gestohlen. Für Wiederherbeischaffung der Schreibmaschinen hat die geschädigte Firma hohe Belohnung zugesichert. — Am 19. Februar gegen 7 Uhr abends wurden aus der Hausflur des Grundstücks Marienstraße 26 zwei Ballen Kanzleipapier (10 000 Bogen) gestohlen. Die Bogen sind mit dem Wasserzeichen „Normal 4 a Sacrau" versehen. — In der Zeit vom 10. bis 12. und in der Nacht zum 13. Februar wurden von den Gebäuden des Landesstallamts in Moritzburg insgesamt 11 Platin-Blitzableiterspitzen im Gesamtwerte von 7 Millionen Mark gestohlen.

Razzia. In der Nacht vom 14. zum 15. Februar hat auf dem Hauptbahnhof eine Razzia stattgefunden. Es sind hierbei zirka 200 Personen sistiert und von diesen 48 wegen verschiedner Delikte festgenommen worden.

Der Dollar 23 191,87

Berlin, 20. Februar. (Amtlich.)

		20. 2. Geld	20. 2. Brief	19. 2. Geld	19. 2. Brief
Amsterdam	1 Gulden	9102,18	9147,82	7830,87	7869,68
Buenos Aires	1 Peso	8528,62	8571,88	7331,62	7368,38
Norwegen	1 Krone	4314,18	4335,82	3600,75	3700,25
Dänemark	1 Krone	4439,87	4461,12	3790,50	3809,50
Schweden	1 Krone	6184,50	6215,54	5261,81	5288,19
Helsingfors	1 fin. Mark	628,42	631,58	543,63	546,37
Belgien	1 Frank	1235,95	1242,10	1047,47	1052,68
Italien	1 Lire	1122,18	1127,82	947,62	952,38
London	1 Pfd. Sterl.	107979,3	108520,6	92767,50	93232,50
Neuyork	1 Dollar	23191,87	23308,13	19800,37	19899,63
Paris	1 Frank	1406,47	1413,53	1192,01	1197,99
Schweiz	1 Frank	4364,06	4385,95	3715,68	3734,32
Spanien	1 Peseta	3614,87	3659,13	3117,18	3182,82
Wien (abgest.)	100 Kronen	33,41	33,59	28,37	28,53
Prag	1 Krone	693,25	696,75	595,50	598,50
Budapest	1 Krone	8,57	8,63	7,38	7,37

Polnische Noten 60,—.

rs. **Berlin**, 20. Februar. (Eig. Drahtm.) Die Devisenkurse erfuhren in den heutigen Vormittagsstunden eine leichte Befestigung, die angeblich auf kleine Bedarfskäufe der Industrie zurückzuführen sind. Der Dollar, der gestern mit 22 000 geschlossen hatte, stieg auf 22 500, vorübergehend sogar auf 23 000. Das Geschäft hielt sich dabei in sehr engen Grenzen, da der berufsmäßige Devisenhandel nur in kleinerem Umfange Engagements eingeht. Die wenig günstigeren Meldungen aus England, ebenso wie der schwächere nachbörsliche Markkurs aus Neuyork waren zwar anregend auf die Kauflust, doch verhindern die schwierigen Geldverhältnisse das Aufkommen eines großen Geschäfts. An der Börse selbst erfuhren die Kurse noch eine leichte Steigerung. Der Dollar wurde mit 24 500 gehandelt. Am Effektenmarkt sieht es heute vormittag noch ziemlich still aus. Unter den vorliegenden Aufgaben befinden sich vorwiegend Käufe, denen nur wenig Verkäufe gegenüberstehen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19230220/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Der große Februar-Verkauf mit seinen sehr billigen Angeboten

beginnt Mittwoch den 21. Februar, vormittags 8½ Uhr

Hemden-Oxford Meter	1950.-
Hemden-Barchent Meter	2700.-
Blusen-Flanell Meter	2400.-
Drell-Handtücher Meter 1850.-,	1650.-
Blaudrucks Meter 3300.-,	2900.-
Bettzeug 130 cm breit Meter	5800.-
Inlett gute Qualität Meter	5800.-

Blusenstoffe Meter 4800.-,	2900.-
Kleiderstoffe einfarbig Meter 5900.-,	3900.-
Schotten für Blusen und Kleider Meter 7800.-,	4800.-
Wasch-Musselin Meter 3300.-,	2900.-
Voiles in vielen Farben ca. 110 cm breit Meter	5900.-
Vollvoile, wunderbar. Dessins, ca. 110 cm., Mtr. 14500.-,	8900.-
Kleider-Rips rosa, blau Meter	3900.-

Oberhemden Perkal, teils mit Kragen	12500.-
Breite Selbstbinder Stück	750.-
Hosenträger Gummi Paar	950.-
Schlafdecken ca. 150x200	5900.-
Tüllgardinen versch. Breiten, Meter 3500.-,	2600.-
Spannstoffe ca. 130 cm. br., Meter 5000.-,	4400.-
Künstler-Garnituren 3teilig 39000.-,	29000.-

Jumper-Schürzen geblümt	2900.-
Wiener Schürzen geblümt 4000.-,	3400.-
Blusen-Schürzen Blaudruck 5900.-,	3900.-
Damen-Taghemden mit Stickereikante 7800.-,	6900.-
Damen-Beinkleider Paar 6400.-, 5650.-,	5200.-
Prinzeß-Röcke Stück 16500.-,	12500.-
Stickerei-Untertaillen Stück 2900.-, 2700.-,	2400.-

Halbleinenband Stück	95.-
Schnürsenkel Paar	30.-
Wäscheknöpfe 5 Dutzend	850.-
Strumpf-Gummiband glatt Meter	100.-
Druckknöpfe rostfrei Dutzend	65.-
Baumwollband 3 Meter	125.-
Sicherheitsnadeln sortiert 1 Dutzend	85.-

Für Bettwäsche: Renforce, 130 cm, Mtr. 3600.- Linon, 122 cm Mtr. 4800.-
Wäsche-Stickerei ca. 2½ cm breit Mtr. 100.-
Spitzen u. Einsätze Baumw., ca. 7-9 cm, Mtr. 490.-
Woll-Kimonos mit langem Arm 7900.-
Normal-Hemden und -Hosen, wollgemischt 7500.-, 6900.-
Dam.-Strümpfe feine Baumwolle, richtig lang. Paar 1250.-

Frühj.-Mäntel 69000, 49000, 39000, **29000**
Kleider-Röcke 18500, 16500, 12500, **7800**

Kaufhaus
L. Hoffmann G. m. b. H.
Dresden-Löbtau Straßenbahnlinien Nr. 7, 20, 22 Kesselsdorfer Straße 20

Kleider gestreift, kariert u. einfarbig 36000, 24000, 18000, **9800**
Blusen in großer Auswahl 7800, 5900, 4800, **3600**
[f366

Ernte 1922/23.

In Abänderung der Bekanntmachung des Gemeindeverbandes Dresden und Umgebung vom 22. Juli 1922 und in Ergänzung der Bekanntmachungen vom 8. November 1922 und 5. Januar 1923 wird hiermit folgendes bestimmt:

§ 1 Abs. 1 Satz 2 wird wie folgt geändert:

§ 1 (Absatz 1 Satz 2). Die Umlage ist zu einem Drittel bis zum 31. Oktober 1922, zu je einem Sechstel bis zum 31. Dezember 1922, 31. Januar 1923, 28. Februar 1923 und **15. März 1923** (bisher 15. April 1923) an die Reichsgetreidestelle zu liefern.

In § 1 Absatz 2 ist das Datum des letzten Termins für die Ablieferung d. 3 Umlagegetreides an die Kommissionäre „31. März 1923" durch „28. Februar 1923" zu ersetzen.

Dem § 6 wird als Absatz 3 eingefügt:

Für das 4. Sechstel der Umlage werden bis auf weiteres die gleichen Preise gezahlt, die für das 3. Sechstel laut Bekanntmachung vom 5. Januar 1923 festgesetzt worden sind.

Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 4.

Dresden, am 16. Februar 1923. [f222

Gemeindeverband Dresden und Umgebung.

Bekanntmachung der Allgemeinen Ortskrankenkasse für Niedersedlitz u. Umg.

Auf Grund des Gesetzes über Grundlöhne und Sterbegeld in der Krankenversicherung vom 2. Februar 1923 (RGBl. Nr. 9, Seite 99) hat der Kassenvorstand unterzeichneter Kasse mit Wirkung vom 19. Februar 1923 die Grenze der Grundlöhne auf 3600 M. für den Arbeitstag erhöht. Der Beitragssatz bleibt 7 Proz. vom Grundlohn. Die Unterstützungsleistungen erhöhen sich vom 12. März 1923 an. Den bisher bestehenden 14 Lohnstufen sind vier Lohnstufen angefügt worden, und zwar:

Lohnstufe	Grundlohn	Wochenbeitrag
15	2150 M.	903 M.
16	2650 M.	1113 M.
17	3100 M.	1302 M.
18	3600 M.	1512 M.

Die nach der Neufestsetzung erforderlichen Lohnanmeldungen sind von den Arbeitgebern **innerhalb einer Woche** zu bewirken. Andernfalls erfolgt die Festsetzung vom Kassenvorstand ohne Verpflichtung für Rückerstattung der eventuell zu viel erhobenen Beiträge.

Nachträge zu den Beitragstabellen sind in den Kassenstellen erhältlich.

Es wird weiterhin darauf aufmerksam gemacht, daß in Zukunft schriftliche Anfragen, Bestellungen von Krankenscheinen, Quittungskarten usw. ohne Beifügung von Rückporto unerledigt bleiben müssen.

Niedersedlitz, den 19. Februar 1923.

Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse Niedersedlitz u. Umgegend.

O. Schäfer, Vorsitzender. [w59

Hierdurch die traurige Nachricht, daß Sonnabend den 17. Februar, abends 7½ Uhr, mein lieber, treuer Mann

Emil Röhle

nach langem Leiden sanft entschlafen ist. Er folgte seinem Kinde nach drei Wochen in die Ewigkeit nach.

Dresden, Striesener Straße 19, 3.

[w196a] In tiefstem Weh:

Martha Röhle geb. Kießlich.

Die Einäscherung erfolgt Donnerstag nachm. 3½ Uhr im Krematorium in Tolkewitz.

— Er war einer der Edelsten. —

Allen Freunden und Genossen die traurige Nachricht, daß unser lieber Sohn, Gatte und Bruder, der Schlosser

Willy Köhler

verstorben ist.

Dresden, Schreiberstraße 21.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Einäscherung findet Freitag nachm. 3½ Uhr im Krematorium statt. [b1441

Uhr verloren! Sonnt. Oberbärenfels b. Kipsdorf. Jede neu Bel. Jebgruber, Klotzsche, b. Richter, Königsbr. Str. 32.

Wohnungstausch! Biete Wohn.: 2 St., K. K. Tharandt. 1, Oh. 1 r., geg. Wohn. Nähe Arsenal. Off. unt. A.Z.3 a. d. Ztg erb.

Möbel Gut und günstig kauft man im Möbelhaus P. Kiermeier & Co. Falkenstraße 19, Ammonstraße 65, Hof.

Junger anständ. lediger Herr sucht möbl. Zimmer oder Schlafstelle oder auch leer. Zimmer. Offert. u. F. O. 7 a. d. Exp. d. Ztg. [w1440

Zur Beachtung!
Die Schwankungen der Valuta sind für unsre Preisberechnung **nicht maßgebend**, wir verkaufen infolge rechtzeitiger Einkäufe
Herren- und Damenstoffe
prima Qualitäten, zu anerkannt **außergewöhnlich billigen Preisen.**
Erleichterte Zahlungsbedingungen.
Neuding & Co., Amalienstraße 5, 2.
Da kein Laden, kleine Spesen. [f308

Metallschmelze
Max Haupt, Bönischpl. 17, 2., Tel. 35372
kauft laufend: Kupfer, Messing, Rotguß, Zink, Blei, Zinnstanniol, Goldkrätze, Bleizinnabfälle, Bauweißblei, Kupfer-, Messing-, Rotgußspäne, alte kupferne Badeöfen, Altbadewannen, Messingkronleuchter, u. Lampen zu höchsten Tagespreisen [b1196

Bestellungen auf die Dresdner Volkszeitung auf sämtliche Parteiliteratur usw. sowie Annahme von Inseraten beim Kolporteur **Johannes Schnell, Langebrück** Badeanstaltsstraße 5, I.

Felle
Kanin, Ziegen, Hasen, Rehe, Hirsch, Katzen, Marder, Füchse, Iltisse u. Maulwürfe.
Schafwolle und Roßhaare kauft z. höchst. Tagesprl.
Fellankauf [f398
Grunaer Str. 22, 1.
Bahnfahrt wird vergütet!

D.-H.-**Räder,** neu und gebr., noch bill. z. verk. Cottaerstraße 19, 1. [m220

Wilder Mann Linie 6
Mittwoch den 21. Februar, abends 7 Uhr [f27
Vornehmer Ball.
Neueste Schlager! Neueste Schlager!

Hygienische Frauenartikel
Spülapparate, Leibbinden usw. kauft man nur im [f102
Versandhaus „Diskret"
Freiberger Pl. 8
Fachkund. Frauenbedienung

SARRASANI
Täglich 7.15 Uhr. Vorverkauf: Circuskasse und Residenz-Kaufhaus.
HEUTE auch 3 Uhr. (Mittwoch)
Letzte Woche: Der Fremden-Legionär. Außerdem neue Circus-Akte. Nachmittags Kinder halbe Preise. [f680

Preiswert
Möbel
Bettstellen, Matratzen, Chaiselongues, Sofas.
E. Goldhammer
Große Brüdergasse 19

Kaffee-Haus Blesch
Donnerstag den 22. Februar 8 Uhr
Festabend für die Ruhrhilfe
Gertr. Alpers
Willy Ziegler
Maja d'Otero
Drascher-Duo
Rolf Siegbert
Hauskapelle **Kurt Patzig.** [f283

Spülapparate
Klysos, Spülkannen, Schläuche, Leibbinden, Klistierspritz., Unterlag., Ersatzteile
Frau Heusinger Am See 37
Ecke Dippoldiswaldaer Platz

Grammophonplatten abgespielte, zerbrochene, Stück 500 M. kauft **Tappert** Wettinerstraße 31. Bei 5 Platten Straßenbahn-Fahrtvergütung.

Sonnt. ½4 abds. ½8
Tymians Thalia-Theater
Leberecht Fettfleck und die Balletteuse, urkomische Szene von u. mit Dir. Junghähnel. — Nach Feierabend. Leb. Lied von Winter-Tymian. Die Markthalle beim Friedensrichter, Burleske

Donaths Neue Welt
Morgen Mittwoch: [w130
Feiner Damen- und Herren-Ball.

Palast-Theater, Alaunstr. 28
Heute bis Donnerstag zwei hervorragende Schlager
1. **Der Schatten des Gehängten.**
Ein sensationelles Erlebnis in 6 Akten. In der Hauptrolle: Wanda Treumann.
2. **Zweite Heimat.**
Ein ergreifendes Drama in 5 Akten. Dargestellt von ersten schwed. Filmschauspielern.
Vorführungen: 6 und 8½ Uhr [w271

Bitte ausschneiden! Aufheben!
Zähne, Gebisse
Gold-, Silber-, Platin-Gegenstände kauft zu hohen Preisen [f602
Frau Anna Pohl, Seestr. 10, II.
Christlich, reell, diskret, ungeniert.
Seidenhaus Hepke.

Gold-, Silber- u. Platin-
Gegenstände sowie alte Uhren, Ketten, Ringe, Bestecke u. Zahngebisse u. strengst. Diskr. kauft
Uhrmacher **S. Radzanowitz**
8 Ostra-Allee 8
Uhren und Goldwaren
Vergüte Fahrgeld. [f366

Durch die Drahtverhaue des Lebens W. Reimes. Volksbuchhandlung.

Büromöbel Ladenmöbel gr. Auswahl, bill. Preise. F. W. Kämpfe, Kreuzstr. 21.

Ball-Anzeiger
für Mittwoch den 21. Februar:
Ball-Haus-Ball ist einzig! Dienstags — Mittwochs Bautzner Strasse 35.
Schweizerhäuschen Schweizer Str. 1 Jeden Mittwoch: Gr. öffentl. Ballmusik Anfang 7 Uhr.
Wilder Mann Endstation Linie 6. Erstkl. Musik. Neueste Tanzweisen — Vornehmer Verkehr. —

Falsche Gebisse
einzelne Zähne, Gold- u. Silberbruch und
Doublé
kauft streng reell
Neustädter Edelmetallhandlung
Preußer & Glaser
Markgrafenstr. 40

Praktische Wucherbekämpfung

Beschleunigung des Strafverfahrens

In den engen Grenzen, die das Reichsrecht den Landesregierungen setzt, hatte das thüringische Justizministerium im September 1922 durch eine Beschleunigung des Strafbefehlverfahrens eine tatkräftige Bekämpfung der Preistreiberei und des Wuchers angestrebt. Die Polizei und die Preisprüfungsstellen prüfen regelmäßig die Preise für sämtlichen Bedarf des täglichen Lebens, bringen unangemessene Preissteigerungen sofort zur Anzeige und führen den dabei Beschuldigten dem Staatsanwalt und dem Richter zu. Ergeben die sofortigen Erhebungen einen Verstoß gegen die Strafgesetze, so setzt der Richter die Strafe sofort durch Strafbefehl fest. Zur wirksamen Bekämpfung unangemessener Preissteigerungen reicht aber die Tätigkeit von Polizei, Staatsanwaltschaft und Gericht nicht aus. Auch die Bevölkerung muß freiwillige Hilfe leisten, den Mut zur Anzeige haben, Zeit opfern und sich den mit der Ablegung des Zeugnisses verbundenen Weiterungen willig unterziehen. Nur das Zusammenwirken aller Kreise der Bevölkerung kann die schrankenlose Gewinnsucht eindämmen und zu gesunder Preisbildung zurückführen.

•

Oeffentliche Anprangerung!

Das Notgesetz gegen Preistreiberei, Schleichhandel usw., das zur Zeit im Reichstag beraten wird, sieht neben Geld- und Freiheitsstrafen auch stets die öffentliche Bekanntmachung der Verurteilung durch eine Tageszeitung sowie den öffentlichen Anschlag auf Kosten der Verurteilten vor. Und zwar erfolgt dieser öffentliche Anschlag nicht nur an den Anschlagsäulen, Gemeindetafeln usw., sondern in erster Linie an und in dem Geschäftsraum des Schuldigen selbst. Er muß also seine eigene Schande an seiner Ladentüre, in seinem Schaufenster und in seinen eigenen Geschäftsräumen verkünden, und jeder Käufer wird auf diese Weise erfahren, mit wem er zu tun hat.

•

Eine wirksame Lektion

Auf ein wirksames Mittel gegen Schieber und Wucherer macht unser Zwickauer Parteiblatt aufmerksam. Da Geldstrafen bei den Leuten, die gewöhnt sind, mit 100 oder 1000 Prozent Gewinn zu rechnen, nicht abschrecken (dieser kleine Verlust ist in die Schieberrechnung sorgsam einkalkuliert und der nächste Raubzug auf die Taschen der wehrlosen Ausgebeuteten bringt dies doppelt und dreifach wieder ein), so muß man anders zupacken; z. B. einen Schieber acht Tage lang die Straße, in der er wohnt und bekannt ist, fegen und säubern zu lassen. Das ist eine Lektion, die wirkt, auch wenn man bei dieser Gattung von „Volksgenossen" nicht gerade allzu viel Scham voraussetzt. Diese Strafe ist aber auch schon praktisch erprobt worden — leider nicht in Deutschland, sondern in der tschecho-slowakischen Republik. Dort hatten Schieber und Wucherer bereits das Vergnügen, in Frack und weißer Weste die Straßen Prags zu säubern, Besen und Schaufel in der ringgeschmückten Hand. — Dabei dürfte dem Schieber das Lachen vergehen. In Deutschland ist man höflicher. Man bittet die Landwirte und Händler dringend, die Preise nicht sprunghaft in die Höhe zu setzen. Das mutet ungefähr so an, als ob man eine Katze dringend bitten würde, das Mausen zu lassen. Der Erfolg war ja auch überraschend. Denn innerhalb einer Woche stiegen alle Preise um 50 bis 100 Prozent. Mit dringenden Bitten wird es nicht getan sein, so sympathisch Höflichkeit an sich ist, namentlich, wenn sie von Behörden geübt wird. Aber ehe man nicht mit schärferen Mitteln kuriert, wird es nicht besser.

•

Selbsthilfe

In Geringswalde haben die Arbeiter zu folgender Selbsthilfe gegriffen, weil sie sich beim Wareneinkauf in einem Geschäft gar zu arg übervorteilt sahen. Die Polizei wurde geholt und ein paar Arbeiter nahmen mit der Polizei eine Kontrolle der Preise vor. Festgestellt wurde nach den Frachtbriefen und Rechnungen ein Verkaufspreis von knapp 3000 M. pro Pfund Margarine, verlangt hatte der „reelle Händler" fast das Doppelte. Die Butter wurde beschlagnahmt und dann an Minderbemittelte für 3000 M. verkauft.

•

Gegen wucherische Händler

Ein Beispiel praktischer Wucherbekämpfung gibt auch der Amtshauptmann von Großenhain, Genosse Kühn. Um den Händlern entgegenzutreten, die die Ware zu Höchstpreisen aufkaufen, und sie dann in der Großstadt, in den großen Hotels, zu Wucherpreisen absetzen, sollen künftig bei jedem Händler die aufgekauften landwirtschaftlichen Produkte beschlagnahmt, gegen Ausstellung eines Empfangsscheines abgenommen und ihm der dafür festgesetzte Höchstpreis gezahlt werden. Auf diese Weise bleiben die Produkte den Bezirkseinwohnern gesichert. Hat aber der Händler beim Einkauf den Höchstpreis überschritten, dann hat er selbst den Schaden. Rührt er sich und nennt die Landwirte, die zu Ueberpreisen verkauft haben, dann wird die Möglichkeit gegeben, auch diesen beizukommen. Erst kürzlich wurden einem Händler 25 Stück Butter beschlagnahmt, dieser hat sich bis heute nicht gerührt!

Einem Dresdner Aufkäufer wurden 150 Eier abgenommen, die dieser zu Wucherpreisen im Bezirk aufgetrieben hatte. Die Eier werden, soweit sie ausreichen, an verheiratete Erwerbslose für 150 M. pro Stück abgegeben. (Wie wir hören, ist Vorsorge getroffen, daß die kleinen Verbraucher, die nur für ihren eigenen Bedarf einkaufen, unbehelligt bleiben.)

•

Einschreiten gegen preistreibende Inserate

Das Presseamt Thüringen macht darauf aufmerksam, daß die Tageszeitungen häufig Inserate bringen über den Ankauf von Häuten, Fellen, Gold- und Silberwaren mit den preistreibenden Aufforderungen, wie „Zahle mehr", „Zahle weit über Tagespreis", „Zahle die höchsten Preise" usw. Derartige Anzeigen, die indirekt auch preistreibend auf die notwendigsten Lebensmittel wirken, sind in Thüringen verboten, da sie unter die Preistreiberei-Verordnung fallen. Ebenso zeigt sich auch eine Zunahme der durch die Bundesratsverordnung vom 16. Dezember 1915 (R. G. Bl. S. 827) verbotenen namenlosen Anzeigen, mit deren Hilfe der Verkauf von dem regulären Verkehr entzogenen und zurückgehaltenen Waren zu Wucherpreisen vorgenommen wird. Zeitungsverleger, die solche Inserate aufnehmen, machen sich strafbar. Die Polizeibehörden und Preisprüfungsstellen Thüringens sind angewiesen worden, derartige Inserate zu unterbinden und in weiterhin vorkommenden Fällen Anzeige bei der zuständigen Staatsanwaltschaft zu erstatten.

•

Preistäfelchen anbringen!

In den meisten Städten besteht die Verordnung, daß zum mindesten bei Lebensmitteln Preistäfelchen angebracht sein müssen. Vielfach ist diese Verordnung wieder in „Vergessenheit" geraten. Diese Verordnung müßte also wieder einmal in Erinnerung gebracht werden. Eine Bestrafung der vergeßlichen Händler dürfte das Gedächtnis rasch stärken.

Sachsen

Vornehme Kampfesweise

Die Bürgerlichen haben bekanntlich eine besonders gute Kinderstube genossen. Etwaige Zweifler versuchen sie durch Wort und Tat zu überzeugen. Der Sauf- und Sauherdenton, der bei der sogenannten „gebildeten" Jugend herrscht, die Ueberfälle auf Arbeiter, die Ermordung von Ministern bewiesen denn auch die Vortrefflichkeit der „christlichen" und „nationalen" Erziehung zur Genüge.

Auch die bürgerliche Rechtspresse gibt sich die größte Mühe, die „Bildung", die sie in Kinderstube, Gymnasium und Hochschule genossen hat, durch besonders vornehme Kampfesweise zu bekunden. „Herr Fleißner kämpft um seinen Ministersitz", schreiben die Leipziger Neuesten Nachrichten. Obgleich es noch nicht im geringsten feststeht, ob wir überhaupt mit den Demokraten eine Koalitionsregierung eingehen werden — darüber soll ja erst der Landesparteitag am 4. März entscheiden —, weiß dieses Blatt zu melden, daß „wie als bestimmt verlautet, Ministerpräsident Buck, wenn er wiedergewählt werden sollte, auf jeden Fall Herrn Lipinski wieder als Minister des Innern präsentieren wird, dagegen soll Herr Fleißner seinen Posten als Kultusminister an einen Demokraten abgeben". Und nun schreiben die vornehmen L. N. N.:

> Hieraus erklärt sich auch, daß Herr Fleißner einer der Hauptagitatoren des Widerstandes gegen die kleine Koalition ist. Auf einer Konferenz des 6. Bezirks der V. S. P. D. in Sachsen hielt Fleißner das Referat, das er natürlich ganz in seinem Sinne behandelte. Von ihm befreundeter Seite wurde hervorgehoben, daß das Ministerium des Innern, das Finanzministerium und das Kultusministerium auf keinen Fall aus den Händen der Sozialdemokratie gegeben werden dürfte. Die Mehrheit der Sprecher war für eine nochmalige Fühlungnahme mit den Kommunisten.

Der Bericht gibt also selbst zu, daß Genosse Fleißner nur die gleiche Auffassung vertrat wie die Mehrheit der Versammlung. Aber er tat das natürlich nur, weil er Minister bleiben will! Diese Stellungnahme der Rechtsbürgerlichen widert geradezu an. Da sie selbst alles stets nur von ihrem rein ichsüchtigen und gewinnsüchtigen Standpunkt betrachten, schieben sie auch den andern eine gleiche niedrige Gesinnung unter. Wir gestehen den L. N. N. gern ein: in der Vornehmheit ihrer Kampfesweise und in der — Gesinnungslumperei sind sie uns über.

Keinen Tabak und Alkohol für die Jugend

Gegen den Genuß von Tabak und Alkohol durch jugendliche Personen geht die Regierung von Oldenburg jetzt mit anerkennenswerter Schärfe vor. Durch Verordnung des Staatsministeriums ist dort allen Personen unter 16 Jahren bei Strafe bis 1500 M. verboten worden,

1. alkoholhaltige Getränke oder Waren, Tabak, Tabakpfeifen, Zigarren, Zigaretten und Zigarettenpapier zu kaufen oder sich sonst entgeltlich zu verschaffen,
2. auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen sowie in öffentlichen Verkehrsmitteln und an andern öffentlichen Orten jeder Art zu rauchen.

Die Abgabe von Branntwein jeglicher Art an Personen unter 18 Jahren wird mit derselben Strafe belegt.

Und Sachsen . . .?

Ueber 2 Millionen Mark Strafe wegen Steuerhinterziehung erhielt, wie das Finanzamt Chemnitz-Ost öffentlich bekanntmacht, der Pferdehändler Franklin Hoffmann, Chemnitz, wegen fortgesetzter Umsatz- und Einkommensteuerhinterziehung.

Eine Warnung für die vielen Steuerdrückeberger, die bisher noch nicht erwischt worden sind.

Stadt-Chronik

Der Zirkus stirbt

Die neu Zirkus-Korrespondenz schreibt: Von 30 deutschen Zirkusunternehmungen, die im Frühjahr 1922 bestanden, sind an der Neige des Jahres drei übriggeblieben: Busch in Berlin, Sarrasani in Dresden und der Hagenbeckische Zweigbetrieb in Essen, der sich auch schon längst auf das Volkstheater umgestellt hatte. Schon im Frühjahr ging die Wilhelm-Hagenbeck-Schau in französische Hände über; der Zirkus Krone, der Italien bereist hatte, zog es vor, sich aufzulösen, statt nach Deutschland zurückzukehren; der Althoffsche Zirkus nahm Zuflucht nach Holland, der alte Zirkus der Gebrüder Blumenfeld nach Riga, und all die kleinen Unternehmungen sind gänzlich verkümmert oder sang- und klanglos verschwunden. Merkwürdige Zirkusschicksale haben sich erfüllt. So wird der Zirkus Barum-Kreiser in Zukunft als Jahrmarktshippodrom sein Fortkommen suchen. Noch rettungsloser erliegen die Zirkusbetriebe der großen Not als die Zoologischen Gärten, denen wenigstens städtische Unterstützungen und Steuererleichterungen zugute kommen. Die Futtermittel kosten das Zweitausendfache des Vorkriegspreises; die phantastisch emporgeschnellten Eisenbahnfrachten haben die Wandermöglichkeiten der Zirkusse unterbunden. Die meisten Stadtverwaltungen haben das Ihrige zum Dahinsiechen der deutschen Zirkusse beigetragen, indem sie sie mit den gleichen Steuersätzen erdrosselten, die sie bei den Schlemmerlätten anwandten. Auch die letzten Unternehmungen, die noch standzuhalten versuchten, stehen vor einer finstern Zukunft. Beim Zirkus müssen die Eintrittspreise auf ein Familienpublikum zugeschnitten sein. Wollten sie mit den Unkosten Schritt halten, müßte der Stehplatz zur Zeit 1000 Mark, der Logenplatz 10 000 M. kosten. Keinem deutschen Zirkus ist je eine öffentliche Hilfe zuteil geworden, wie sie die Theater als etwas Selbstverständliches beanspruchen. Keinem

---

48

Die Figurantin

Der Roman eines Dienstmädchens
Von Léon Frapié
Autorisierte Uebersetzung aus dem Französischen von
A. M. de Grazia und J. Kunde

Ja, ja, sie wollte ein treuergebener Dienstbote bei wohlwollenden und verständnisvollen Herrschaften sein — wie es die Rosaliens waren, bei Gott! es fehlte an solchen nicht —, denn sie fühlte sich jetzt als ein vollendetes Weib, als Weib, das mit der ganzen Menschenwürde ausgestattet worden: als eine Mutter! Und die Herrschaften würden ihr die Persönlichkeit ungeschmälert, von dem Namen Sulette angefangen, lassen: „Mama Sulette" sagte man dann. Sie würden sich hüten, aus ihr ein namenloses Geschöpf, irgend eine „Marie, das Dienstmädchen" zu machen. Bei Gott! sie nahmen ja nur ihr eigenes Interesse wahr; statt eine Marie, eine Figurantin, eine feindselige, zum wenigsten gleichgültige Lohnarbeiterin zu haben, besaßen sie eine Mitarbeiterin, eine an ihrem Wohlbefinden beteiligte Gehilfin.

•

„Nun muß es soweit sein!" wiederholten die Dorfbewohner in der dritten Woche.

Und wirklich sahen sie, gleichsam als erste Abzahlung, die Hebamme eines Abends bei der Brugnotte ins Haus treten. Aber sie ging erst wieder mitten in der Nacht, ohne daß man sie ausfragen konnte.

Gleichwohl fühlten sie das Erzittern der Geduld, die bald belohnt werden soll, die allgemeine Vorbereitung für den Ansturm, das in Anbetracht der nahen Beute heftiger werdende Fieber.

„Es mußte also bald sein!"

Am zweitnächsten Tage kehrte die Hebamme am Morgen zurück, und plötzlich wurde die Neuigkeit bekannt: Sulette war von einem völlig lebensfähigen Knaben entbunden worden, der aber nach zwei Tagen, ohne saugen oder trinken zu wollen, starb. Man hatte alle Mittel resultatlos versucht; das Kind sträubte sich mit derselben Heftigkeit, wie andre Neugeborene ihre Gier äußern. Die Hebamme hatte niemals eine ähnliche Weigerung, zu leben, konstatiert. Sie schrieb diese „Abneigung gegen das Leben" der von Sulette auf ihrer Heimkehr durchgemachten Angst zu.

Jetzt hörte der Groll augenblicklich auf; eine plötzliche Abspannung besänftigte die Blicke und die gegen das verschlossene Haus gerichtete Wut. Es schien den Leuten, als wäre ihnen nur das Kind lästig gewesen.

Das launische, unbeständige Volksempfinden nahm eine unerwartete Richtung.

Die Dörfler waren hinsichtlich ihrer selbst und Sulettes, zufolge einer seltsamen Vermischung von Bosheit und Mitleid, befriedigt.

Für ein Dienstmädchen ist es so bedauerlich, ein Kind zu haben! Jetzt konnte Sulette in Paris ihren Dienst wieder beginnen, wie wenn sie unberührt hinkäme.

In dieser Hinsicht wurde Sulette abermals als ein ganz abgesonderles, von andern Frauen verschiedenes Geschöpf betrachtet, der mütterlichen Gefühle bar. Sulette erschien fast von ihrem Fehltritt in Paris gereinigt, und das Dorf wurde nicht durch eine schimpfliche Geburt verpestet.

Ein Kind war gestorben: ein unendliches Wohlgefühl erlangter Genugtuung verbreitete sich unter der Bevölkerung. Eine Beklemmung schwand aus den Herzen, man atmete richtig auf: alles was sich Bedrückendes, Unerträgliches aufgehäuft hatte, löste sich in Segen auf . . .

Ein Kind war gestorben: man lächelte sanftmütig, nach dem Hause der Brugnotte hin, der Brugnotte selbst zu, so daß diese nicht zögerte, ihre Türen und Fensterläden wieder zu öffnen.

Und die Hebamme ging überall hin, Versöhnung verbreitend:

„Na, 's ist gut! Sehen Sie, es ist tot."

•

Die Mehrzahl der Landleute kam, wie es bräuchlich, einen Augenblick hin, um die Leiche anzusehen.

Sie war auf einen Stuhl beim Fenster gebettet, in derselben Kammer, wo Sulette lag.

Die Brugnotte saß wie eine Händlerin bei dem Korb, mit gekrümmtem Rücken, die Hände bewegungslos auf ihrer blauen Schürze. Sie brachte immer ein und dieselbe Wendung hervor:

„Man darf nicht hin zu Sulette, die Hebamme hat es streng verboten."

Die Leute gaben sich mit einem flüchtigen und unparteiischen Blick auf die Wöchnerin, deren Gesicht in einem Gewirr von Haaren fast verschwand, zufrieden; sie traten vor dem Stuhl mit der Leiche hin und her, mit schlichtem, heiterem Ausdruck, mit einer Kopfbewegung, welche, keine sehr strenge Gerechtigkeit beanspruchend, bei der geringsten Spur von Nachgiebigkeit entwaffnet gewesen wäre. Sie gingen dann weg, schon auf der Schwelle die Richtung der Wolken prüfend und an ihre Ernten denkend.

•

Sulette blieb zwei Tage, den auf dem Kissen ruhenden Kopf nach dem Fenster gerichtet, ohne sich zu rühren, mit festgeschlossenen Lippen liegen, um in den Winkel zu stieren, wo das zusammengeschrumpfte, gekrümmte Geschöpfchen lag, welches zuviel Furcht gehabt und nicht hatte leben wollen.

Unaufhörlich richtete sie den Blick dahin, der während zweier Tage den gleichen Ausdruck behielt.

Sulette erholte sich nur sehr schwer.

Sie hatte jetzt ein beunruhigendes Dienstmädchengesicht ein erstaunlich gleichgültiges, undefinierbares, Züge, in denen das Gefühl für immer vernichtet zu sein schien.

Ihre Beine gewannen erst nach langer Zeit die Sicherheit wieder und sie behielt eine leise, verstohlene Art zu gehen, sich zu benehmen, bei, welche auffiel. Ihr Erscheinen in einem Hause erinnerte an die aufregende Szene in Melodramen, wo — die Schuldigen waren im Begriff, die Frucht ihrer Missetat zu genießen —, lautlos, unvermutet eine gespenstische, die Strafe verkörpernde Figur eintritt.

XXIV.

Im Juli verließ Sulette Millerat, um wieder Stellung in Paris zu nehmen.

Gerade zu diesem Zeitpunkt fügte es sich, daß junge Eheleute nach der Geburt ihres Kindes sich für die Notwendigkeit eines Dienstmädchens entschieden. Wirklich, man konnte sich nicht mehr mit einer Aufwartung begnügen.

Welche Freude, diesen rosigen und blauschimmernden Pausback zu besitzen und ihn in guten Verhältnissen liebevoll aufzieben zu können!

Die jungen Gatten waren sehr natürlich in ihrem Wesen, sorglos, leichtsinnig, sie nahmen ein Dienstmädchen, ganz einfach, ohne zu zögern. Sie dachten nicht entfernteste an das Sandkorn, welches genügt, um ein Schicksal in andre Bahnen zu lenken.

Beide waren blond; ein sparsames Haushalten war ihr vollständig fremd; er hatte große Neigungen zu Liebhabereien künstlerischer Natur.

(Fortsetzung folgt.)

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19230220/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

deutschen Zirkus ist je ein mächtiger Mäzen erstanden, wie es in Frankreich Napoleon einer war, der die Kunstreiterdynastie der Franconis in den Sattel hob. So ist die Katastrophe gekommen. Vier Generationen haben den Zirkus zu ihren liebsten und denkwürdigsten Jugenderinnerungen gezählt, die Dichter von Goethe über Heinrich Heine und Freiligrath bis auf Wedekind waren der Zirkuskunst begeisterte Lobpreiser — nun aber wächst die deutsche Jugend ohne die romantischen Schauspiele der Manege auf, die gewiß noch niemals eine Kinderseele vergiftet haben. Dafür haben sich Schlemmerbielen, Likörstuben und Spielklubs um 3000 Prozent vermehrt.

Der unsterbliche Steuerzettel

Ein Leser schreibt uns: Schon vor einigen Jahren bin ich aus der Kirche ausgetreten. Im März desselben Jahres erledigte ich auf Grund einer mir zugegangenen Aufforderung die restierenden Kirchensteuern und erhielt den Bescheid, daß sich die Sache für mich nunmehr erledigt hätte. Trotz dieser Erklärung erhielt ich noch im selben Jahre einen Kirchensteuerzettel. Ich ging zur Steuerbehörde und erkundigte mich unter Vorlegung der Unterlagen, ob ich zahlungspflichtig wäre. Auf dem Amte erklärte man mir, daß ein Versehen vorliege und wiederum schien sich die Angelegenheit erledigt zu haben. Ruhe hatte ich aber nur bis zum Frühjahr 1921, als mir wieder ein Kirchensteuerzettel ins Haus gebracht wurde. Ich nahm an, daß die Steuerbehörde den Kirchenaustritten nicht so schnell nachkommen könne, daß sie diesmal aber selbst das Versehen bemerken würde und ließ den Steuerzettel liegen. Die Behörde arbeitet aber doch sicherer, als ich erwartet hatte, denn nach einigen Wochen, als ich den Steuerzettel schon lange vergessen hatte, erschien der Vollstreckungsbeamte. Ich ließ ihn zunächst seines Amtes walten und erklärte ihm schließlich, daß er an die falsche Adresse geschickt worden sei, da ich am soundsovielsten aus der Kirche ausgetreten sei. Nach Vorlegung der Austrittsbescheinigung verabschiedete sich der Beamte mit der Bitte um Entschuldigung und erklärte, daß sofort untersucht werden würde, wie das neuerliche Versehen zu erklären sei. Im darauffolgenden Jahre 1922 bekam ich prompt wieder einen Kirchensteuerzettel zugeschickt. Nun ging ich noch einmal persönlich zur Behörde. Nachdem ich zwischen verschiedenen Stellen hin- und hergeschickt worden war, kam ich endlich in das richtige Zimmer. Dort wurde in den Registern nachgeschlagen und festgestellt, daß bei meinem Namen das Datum des erfolgten Austrittes ganz richtig verzeichnet stand. Wiederum durfte ich mir weitläufige Entschuldigungen anhören. Wiederum wurde mir versichert, daß nur ein Versehen vorliege, und mein Steuerzettel, den ich mitgebracht hatte, wanderte in den Papierkorb. Ich ging und nahm die Versicherung mit, daß ich nun bestimmt in Ruhe gelassen werden würde. Aber am 13. Februar dieses Jahres lag, so unglaublich das erscheinen mag, wieder ein Kirchensteuerzettel auf meinem Tisch. Diese gewissenhafte Arbeit der Steuerbehörde, Mittel für die Kirche einzutreiben, imponiert mir, kann mich aber nicht zum freiwilligen Bezahlen von Steuern veranlassen, zu deren Zahlung ich nicht verpflichtet bin. Diesmal lasse ich wieder den Zettel liegen und erwarte mit Vergnügen den Vollstreckungsbeamten. Es kann ja nicht genug kosten!

Hakenkreuzpoesie

Der „Geist", in dem das ganze Hakenkreuzlertum von den neuen „Befreiern" des deutschen Volkes erzogen wird, hat seine besonderen Embleme: Armeepistole, Gummischlauch und Hacklstecken. Er hat aber noch ein andres, seine sogenannten Haßgesänge, die in den Versammlungen und nachher auf den Straßen von johlenden Haufen gegröhlt werden. Was der von Hakenkreuzlern bestiegene und malträtierte Pegasus von sich gibt, ist allerdings armseligste, rohste Reimerei. Hier eine Kostprobe aus einem dieser Lieder, die, als Drucksache vervielfältigt, bei den nationalsozialistischen Veranstaltungen in Deutschland gesungen werden.

Henkt d' Juden an Laternenpfahl, haut sie in tausend Stücke,
Schleift sie ins nächste tiefste Tal, voll Rache, Zorn und Tücke.
Den Levi, Cohn und Davidsohn und all die Schweinsgenossen,
Gebt ihnen den verdienten Lohn und haut ihnen ab die Flossen,
Und wer noch schwört auf Schwarz-Rot-Gold und Ebert hält die Treue,
Und sich noch nährt vom Judensold, der kriegt stets Hieb' aufs neue.

Gibt es eine treffendere Illustration der „geistigen Kultur" einer Leute, die sich anmaßen, ein Volk wieder in die Höhe zu führen?

Betriebseinschränkung und Fahrgastziffer

Die Straßenbahndirektion schreibt uns: Jede Straßenbahn schränkt in wirtschaftlich ungünstigen Jahren oder Monaten ihren Betrieb ein; sie „verdünnt die Wagenfolge", wie man sagt. Der Nichtfachmann ist dann schnell mit dem Vorwurf bei der Hand: „Das lange Warten der Fahrgäste an den Haltestellen begünstigt die Abwanderung. Also nützt die Betriebseinschränkung der Straßenbahn nichts; denn sie verringert nur die Zahl der Fahrgäste." Diese Folgerung ist falsch. Eine richtig geleitete Straßenbahn verdünnt die Wagenfolge erst dann, wenn die Fahrgastziffer beträchtlich gesunken ist; die Betriebseinschränkung folgt also dem Verkehrsrückgang nach, nicht umgekehrt. Wird sie nach diesem Grundsatze vorgenommen, so erhöht sie die Zahl der Fahrgäste, die auf jeden Wagenkilometer (Wkm) entfällt; damit hebt sie die Wirtschaftlichkeit des Betriebes; denn: weniger Wagen bedeuten weniger Strom, weniger Personal, weniger Abnutzung, weniger Reparaturen und so fort.

In dieser Beziehung sind die Ergebnisse der Dresdner Betriebseinschränkung vom 26. November 1922 sehr lehrreich. Vor dem Uebergang zum 12-Minuten-Fahrplan sank die Zahl der Fahrgäste, die auf einen Wkm entfielen, unaufhaltsam. Sie betrug in den 7 Wochen vom 8. Oktober bis 25. November durchschnittlich 3,54 (3,76 in der ersten und 3,36 in der siebenten Woche). Nach der 23prozentigen Betriebseinschränkung, die am 26. November einsetzte, hob sie sich sofort wieder auf 4 (Mittelwert für die 7 Wochen vom 3. Dezember bis 20. Januar 1923). In den beiden darauf folgenden Wochen betrug sie 4,01 und 4,29. Dieser Erfolg wurde erzielt, trotzdem gerade in die Monate Dezember bis mit Januar die großen Tariferhöhungen fielen, die im Anfang stets eine gewisse Abwanderung von Fahrgästen mit sich bringen. Noch stärker in die Augen fällt die Ersparnis an Ausgaben, die eine unmittelbare Folge der Betriebseinschränkung ist. Seit dem 26. November 1922 werden täglich 17 220 Wagenkilometer weniger gefahren als vorher. Rechnet man nur Stromkosten, Gehälter und Kosten der Wagenunterhaltung, so kostet 1 Wkm augenblicklich 500 M. (Bei genauer Berechnung erhöht sich diese Summe beträchtlich). Durch die letzte Betriebseinschränkung spart also die Straßenbahn an jedem Tage mindestens 17 000 · 500 = 8 500 000 M.! Das sind Summen, auf die ein so notleidendes Unternehmen wie die städtische Straßenbahn nicht verzichten kann.

Erleichterungen für reisende Invaliden

Vom Reichsverband deutscher Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen wird uns aufklärend zu einer Notiz mit obiger Ueberschrift in der Nummer der Dresdner Volkszeitung vom 2. Februar folgendes geschrieben: Die Kriegsbeschädigten, welche auf Grund ihrer Gebrechen gezwungen sind, bei Reisen die eigens für sie bereitgestellten Kriegsbeschädigtenabteile benützen zu müssen, begrüßen es, daß diese auch für Friedens- und Unfallinvaliden, sowie allen hilfsbedürftigen Personen zur Benutzung freigegeben worden sind. Sie versprechen sich dadurch eine schärfere Kontrolle durch das Eisenbahnpersonal und rücksichtsvollere Respektierung durch gesunde Fahrgäste. Im Gegensatz zu genannter Notiz stellen wir fest, daß die Kriegsbeschädigten nicht des bequemeren Sitzplatzes in andern Wagen wegen das für sie bestimmte Abteil unbeachtet lassen, sondern aus Unkenntnis ihres Rechtes. Vielfach ist ihnen auch der Streit zuwider, der sich sehr oft entwickelt, weil das Abteil sehr häufig von nicht Beschädigten besetzt ist oder wegen Ueberfüllung desselben. Der Zweck des Kriegsbeschädigtenabteiles ist nicht allein, den Kriegsbeschädigten einen Sitzplatz zu sichern, vielmehr macht es sich sehr oft nötig, daß Kunstbein- oder Armapparate oder Korsett-Träger gezwungen sind, die infolge längeren Laufens oder Reisens gelockerten Bandagen nachzuschnallen und neu zu befestigen oder das durch schwere Apparate belastete Glied zu entlasten. Dieses könnten sie, da mit Ablegen von Kleidungsstücken verbunden, nicht in den öffentlichen Abteilen tun. Auch scheuen die mit Zittern und Gliederzucken Behafteten die Blicke andrer gelangweilter Reisenden. Die Aufhebung der Schwerbeschädigten-Abteile kann demnach im Interesse der Schwerbeschädigten und zur Vermeidung von Unfällen nicht in Frage kommen. Zum Schutze der reisenden Kriegsbeschädigten ist es notwendig, darauf hinzuweisen, daß das Schwerbeschädigtenabteil ebenso zu respektieren ist, wie die Abteile für Frauen, Nichtraucher und Hunde. Jeder Reisende schämt sich, selbst wenn der Zug völlig überfüllt ist, das Hundeabteil zu besteigen. Derselbe betritt aber ohne Bedenken das Schwerbeschädigtenabteil.

Hilfe für die Presse

Auf eine Eingabe des Vereins Deutscher Zeitungsverleger, Kreis Mitteldeutschland, hat der Oberpräsident der Provinz Sachsen Genosse Hörsing an die Regierungspräsidien, das Provinzialschulkollegium, die Elbstrombauverwaltung, das Oberlandeskulturamt und den Landeshauptmann der Provinz folgende Verfügung erlassen: In Anbetracht der bekannten Notlage der Presse ersuche ich, die Bürgermeister, Landräte usw. Ihres Verwaltungsbezirkes darauf aufmerksam zu machen, daß die Presse angesichts ihrer außerordentlich schwierigen Lage zur Veröffentlichung behördlicher Schriftsätze im redaktionellen Teil dann nicht heranzuziehen ist, wenn es sich um Angelegenheiten handelt, die zur Behandlung im Wege bezahlter Anzeigen geeignet sind. Durch die Inanspruchnahme des redaktionellen Teiles würde von den Zeitungen eine Gabe ohne Gegenleistung gefordert werden. — Diese Verfügung wird dem Ansehen sowohl der Presse wie der Behörden zugute kommen und ist zur Nachahmung zu empfehlen.

Kapitalflucht

Der Blumenfabrikant Rössel in Sebnitz hatte im April 1921 und Januar 1922 für den Kaufmann Preiß in Dresden, mit dem er in geschäftlichen Beziehungen stand, 59 700 tschechische Kronen und 7000 bzw. 46 000 M. über die Grenze nach der Tschecho-Slowakei gebracht und bei der Sparkasse in Einsiedel eingezahlt. R. ist vom Landgericht wegen Vergehens gegen § 15 des Kapitalfluchtgesetzes zu 50 000 M. und P. wegen Beihilfe hierzu zu 10 000 M. Strafe verurteilt worden. Außerdem wurde die dem Staate verfallene Summe auf 69 700 M. festgesetzt. Das Landgericht hat es nicht für widerlegt angesehen, daß das Geld nicht dauernd im Auslande bleiben sollte, die Absicht, das Geld dem Gesichtskreis der Steuerbehörde zu entziehen, habe bei Verbringung desselben ins Ausland jedoch mitgewirkt, denn P. habe die Kronen zu einem Kurswert von 70 Pfennig in Dresden erworben und hoffte, damit einen hohen Gewinn zu erzielen. Möglicherweise habe er die gesetzlichen Bestimmungen nicht genau gekannt, ohne Zweifel wußte er aber, daß die Verbringung von Geld ins Ausland gewissen Beschränkungen unterlag. Es lag mindestens bedingter Vorsatz vor. R. war nicht persönlich interessiert, sondern wollte dem Mitangeklagten nur gefällig sein. Die von beiden Angeklagten gegen ihre Verurteilung eingelegten Revisionen hat das Oberlandesgericht Dresden verworfen.

Wuchergericht

Ueberschreitung der Höchstpreise beim Verkauf von Butter bildeten den Verhandlungsgegenstand einer Sitzung des Dresdner Wuchergerichts. Angeklagt war der Gemeindevorstand und Gutsbesitzer Harald Döring und der Landwirt Bernhard Emil Hamann, beide in Burkhardswalde, der Gutsbesitzer Robert Otto Starke in Groitzsch und der Privatus Moritz Trache in Naundorf bei Kötzschenbroda. Das Urteil lautete bei den drei erstgenannten Angeklagten auf je 15 000 M., bei Trache auf 30 000 M. Strafe. Bei letzterem kam auch Schleichhandel mit in Betracht. Der erzielte Uebergewinn wird eingezogen. Beim Verlassen des Verhandlungssaales erklärte einer der Menschenfreunde. „Die Landwirte müßten streiken, wenn man wegen derartiger Bettelei bestraft."

Generalversammlung im Konsumverein Pieschen. In einer gut besuchten außerordentlichen Generalversammlung nahmen die Mitglieder des Konsumvereins Pieschen am Freitag den 16. Februar Stellung zu der veränderten wirtschaftlichen Lage. Auch an den Genossenschaften geht die allgemeine Preissteigerung und die damit im engsten Zusammenhange stehende Frage der weiteren Kapitalbeschaffung nicht spurlos vorüber. Von der Verwaltung war der Antrag gestellt, den Anteil, der zur Zeit 3000 M. beträgt, auf 15 000 M. zu erhöhen, weiterhin aber die Einziehung des erhöhten Anteils durch einen Aufschlag von 10 Prozent auf die entnommenen Waren zu bewirken. An eindringlichen Beispielen zeigte Geschäftsführer Eggert die unbedingte Notwendigkeit der Anteilerhöhung und dessen schnellste Einziehung. Den durchschlagenden Gründen konnte sich die Generalversammlung nicht entziehen. Nach einer kurzen Debatte, in der kein Redner gegen die Anträge der Verwaltung sprach, wurden diese von der Generalversammlung einstimmig angenommen.

Die Volksversammlung im Wilden Mann, in der Arbeitsminister Genosse Nistau sprach, war sehr gut besucht. Seine Ausführungen wurden durch Zwischenrufe zustimmenden Sinnes mehrfach unterstützt. In der Diskussion meldete sich nur ein Kommunist zum Wort, der in altbekannter Weise den Anwesenden Karmachen wollte, daß nur die Betriebsräte die Regierungsfrage lösen könnten. Genosse Nistau ging in seinem Schlußwort auf die Ausführungen des Kommunisten ein. Mit dem Appell an die Versammelten, in den Betrieben und überall auf das schädigende Verhalten der Kommunisten hinzuweisen und dafür zu sorgen, daß diese zu ehrlicher Arbeit mit der Sozialdemokratie kommen müssen, schloß die Versammlung.

Wie unsre Betriebsvertrauensleute arbeiten. Unser Vertrauensmann im Ministerium des Innern, 1. und 2. Abteilung, hat von 48 Beamten des Ministeriums auf einer Liste den Betrag von 200 000 M. als Darlehn für die Geschäftsleitung der Dresdner Volkszeitung gesammelt. Wir empfehlen eine solche Tätigkeit allen Betriebsvertrauensleuten zur Nachahmung.

Der Preis für Umlagegetreide auf das vierte Sechstel ändert sich nicht! Vom Gemeindeverband Dresden und Umgebung wird uns geschrieben: Nach einem Rundschreiben der Reichsgetreidestelle hat die Reichsregierung neue Preise für das vierte Sechstel der Getreideumlage nicht festgesetzt, vielmehr beschlossen, die Preise für das dritte Sechstel einstweilen auch für das vierte Sechstel zu zahlen. Durch Reichsgesetz vom 7. Februar 1923 ist der letzte Ablieferungstermin vom 15. April 1923 auf den 15. März 1923 zurückverlegt worden. Die Ablieferung an den Gemeindeverband bzw. an die von diesem als Kommissionäre bestimmten Mühlen hat infolgedessen nicht, wie ursprünglich bekanntgemacht worden ist, am 31. März 1923, sondern spätestens bis zum 28. Februar 1923 zu erfolgen. Das Nähere hierüber ist aus der gleichzeitig erscheinenden amtlichen Bekanntmachung zu ersehen. Diejenigen Gemeinden und Erzeuger im Gebiete des Gemeindeverbandes Dresden und Umgebung, die ihr Umlagesoll noch nicht restlos erfüllt haben, werden erneut dringend gebeten, die gesamte Restmenge zur Vereinfachung der Ablieferungs- und Abrechnungsarbeiten schnellstens zur Ablieferung an die zuständige Mühle zu bringen.

Die Ausgabe von Kartoffeln an kinderreiche Familien wird wegen Stockens der Zufuhr infolge von Frostgefahr bis auf weiteres ausgesetzt.

Erhöhung der Renten der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen. Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen teilt uns mit: Verhandlungen, die mit dem Reichsarbeitsministerium wegen Erhöhung der Renten zum 1. März 1923 gepflogen worden sind, sind zum Abschluß gekommen. Die Regierung hat zugestimmt, daß durch den 11. Nachtrag zum Reichshaushaltgesetz die nach § 87 des Reichsversorgungsgesetzes zustehende Teuerungszulage mit Wirkung vom 1. März von 440 v. H. auf 1520 v. Hundert erhöht wird. Die Pflegezulage, das Sterbegeld und die Unterhaltskosten für den Führerhund werden so erhöht, daß insgesamt der 72fache Betrag der in den §§ 7, 31 und 34 des Reichsversorgungsgesetzes vorgesehenen Sätze erreicht wird. Die ursprüngliche Teuerungszulage von 35 Prozent wird also, wie bisher, nicht mit vervielfacht. Die Heraufsetzung der Teuerungszulage auf 1520 v. H. entspricht einer Verdreifachung der zum 1. Februar 1923 gezahlten Gebührnisse. Das Reichspostministerium wird rechtzeitig Anweisung ergehen lassen, daß die erhöhten Bezüge zum Schluß des Monats Februar gezahlt werden. Eine wesentliche Erhöhung der Teuerungszuschüsse wird ebenfalls mit Wirkung für den Monat Februar eintreten.

Die Lage der Kleinrentner. Die Ortsgruppe der Klein- und Mittelrentner schreibt uns: Unter den vielen Uebeln, die der unglückliche Krieg und der Zusammenbruch über unser Volk gebracht hat, ist eins der schlimmsten die Geldentwertung, die die kleinen Kapitalrentner unverschuldet besonders hart trifft. Mit wenig Ausnahmen haben die allgemeinen Kleinrentner alle ein Leben voll Arbeit hinter sich. Ihre Ersparnisse sind aufgebraucht und sie haben im Alter niemand, der ihnen hilft. So müssen sie der Allgemeinheit zur Last fallen. Jetzt ist die Not der Kleinrentner aufs höchste gestiegen. Sie sind der bittersten Not ausgesetzt. Das deutsche Volk will aber sicher solches Elend nicht, weshalb sich die Kleinrentner an die Presse wenden mit der Bitte, ihre Notlage in der Presse öffentlich bekanntzugeben. Sie hoffen dabei besonders auf das Verständnis der Arbeiterschaft und begrüßen es dankbar, daß die Gewerkschaften beschlossen haben, einen Stundenlohn ihrer Mitglieder für die Notgemeinschaft, das heißt für die notleidenden Alten, zu opfern. Sie sind der Ansicht, daß ihnen, um ihre Sorge zu bannen, gesetzliche Rechtsansprüche an das Reich, und soweit sie noch arbeitsfähig sind, Arbeitsgelegenheit gegeben werden müsse.

Ein großes Tunnelprojekt? Wie bestimmt verlautet, wird zur Zeit ein großzügiges Tunnelprojekt zwecks Beseitigung der Straßenübergänge am Felsenkeller und bei der Friedrich-August-Mühle und zur Fortsetzung des viergleisigen Ausbaues der Bahnlinie zwischen Freital und Vorstadt Plauen von den Eisenbahningenieuren erwogen. Der ins Auge gefaßte viergleisige Tunnel würde am letzten Teil des Ratssteinbruches beginnen und erst in der Nähe der jetzigen Zweipfennig-Brücke münden, um dort die alten Gleise der Bahn, die direkt hinter der Bienertmühle abgezweigt und über die Weißeritz und die Staatsstraße geführt werden müßte, auf einer zweiten neuen Brücke wieder zu erreichen.

Wäsche- und Güterbeförderung zwischen Waldschlößchen und Weißig. Auf der Straßenbahnlinie 11 verkehren zu Anfang jeder Woche vom Waldschlößchen ab Güterwagenzüge zur Beförderung von Stückgütern, Handwagen, Wäschekörben und dergleichen. Die Benutzungsgebühr ist trotz den hohen Betriebsausgaben niedrig bemessen. Gleichwohl wird von dieser Einrichtung zu wenig Gebrauch gemacht. Die Straßenbahn wird den Güterverkehr zunächst in beschränktem Umfange noch aufrecht erhalten, wenn er künftig rege benutzt wird. Treten die Erwartungen nicht ein, so ist beabsichtigt, den Güterwagenbetrieb ganz einzustellen. Die Wagenzüge verkehren von dieser Woche an nur noch Montags, und zwar nachmittags 2, 4 und 6 Uhr vom Waldschlößchen ab.

Dresdner Jahresschau. Der weitaus größte Teil der Hallen ist bereits vergeben. Die Ausstellungsleitung ist dabei, neue Raummöglichkeiten zu schaffen. Die erste Abteilung der Ausstellung umfaßt die industriellen Erzeugnisse, die zweite Abteilung bringt in volkskundlicher Darstellung: Die deutsche Weihnacht. Die dritte Abteilung: Wissenschaft erfaßt die Geschichte und Kunst des Spiels und Sports, ferner Pädagogik, Biologie, Hygiene usw. Die vierte Abteilung wird von einer Ausstellung der deutschen Turn-, Spiel- und Wanderverbände gebildet. Das Gebäude, das im vorigen Jahre für die Porzellanherstellung reserviert war, ist diesmal für die Vorführung der Spielzeugfabrikation und für die Unterbringung von zwei Spielschulen bestimmt. Der lebende Teil der Ausstellung umfaßt rund 60 Sportveranstaltungen an 52 Tagen. Ferner finden 25 Veranstaltungen für Kinder, 16 Tanzveranstaltungen, 25 Kongresse und mehr als 20 wissenschaftliche Vorträge statt. Im ganzen sind gegenwärtig von 188 Ausstellungstagen 73 Tage mit 145 Veranstaltungen belegt.

Falsche Tausendmarkscheine. Von den seit Oktober v. J. dem Verkehr zugeführten Reichsbanknoten zu 1000 M. mit dem Datum des 15. 9. 22 ist eine Fälschung aufgetaucht, die als solche an folgenden hauptsächlichsten Merkmalen leicht zu erkennen ist: das Wasserzeichen ist durch Fettaufdruck vorgetäuscht; die Vorderseite ist matt, unruhig, etwas verwischt; die bei echten Noten in der Mitte befindliche große helle Wertzahl 1000 mit der ornamentalen Umrahmung im Untergrundmuster fehlt; auf der Rückseite fehlen die kleinen dunklen, regelmäßig wiederkehrenden Kraftstellen des echten Musters.

Sittlichkeitsverbrechen. Wegen Vornahme unsittlicher Handlungen mit Personen unter 14 Jahren wurde der 51jährige Glasmacher Ernst Otto Karl Spitzeck in Freital-Döhlen noch geheimer Verhandlung zu 2 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt. Er unterhielt ein Verhältnis mit einer Witwe und verging sich dabei auch an deren Tochter, einem Schulkinde. Der Unhold hat Mutter und Tochter mit einer unheilbaren Krankheit angesteckt. Die Mutter mußte in eine Anstalt gebracht werden.

Arbeiterrisiko. Im Gaswerk zu Reick verunglückte am Montag nachmittag ein 31 Jahre alter Arbeiter dadurch, daß ihm beim Zerschlagen von Eisen ein Metallteil auf den rechten Fuß fiel und diesen erheblich verletzte. Ferner wurde in einer Mühlenbaufabrik in Dresden-N. ein in der Fichtenstraße wohnhafter 26 Jahre alter Arbeiter am Montag nachmittag durch ein Stück Holz am Unterleib so schwer verletzt, daß er nach dem Krankenhause Friedrichstadt befördert werden mußte.

Nächtlicher Unfall. Auf dem Postplatz glitt in der vergangenen Nacht ein in der Müllerbrunnenstraße wohnhafter, 39 Jahre alter Geschäftsführer auf den glatten Steinen aus und zog sich einen Knöchelbruch zu. Der Mann fand die erste Hilfe in der Sanitätswache und wurde von dort nach dem Krankenhause gebracht.

Tödlicher Unglücksfall. Durch ausströmendes Leuchtgas wurde am Montag abend der Tod eines in der Germaniastraße wohnhaften 19 Jahre alten Mädchens herbeigeführt. Es lag vermutlich Unglücksfall vor. Die an ihm zehn Minuten lang angestellten Wiederbelebungsversuche blieben ohne Erfolg.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19230220/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Im Zirkus Sarrasani werden morgen Mittwoch zwei Vorstellungen gegeben, in denen das Schauspiel Der Fremdenlegionär, aber auch die neuen lustigen und ernsten Zirkusakte zu sehen sind.

Pfennigwerths Kasperle-Theater. Mittwoch, 4½ Uhr nachmittags, Palmengarten: „Wie Kaspar und Gretel zu ihrer Aussteuer kamen."

Jugendweihebezirk Dresden-Neustadt. Zur Vorbereitung der Jugendweihe für die Neustadt Zusammenkunft am Donnerstag, abends 7½ Uhr, im Restaurant Eichenhof, Eichenstraße, Ecke Königsbrücker Straße. Die sozialistischen Elternräte der 4., 5., 7., 14., 15., 22., 30., 49., 58. Volksschule, der Hilfs- und der katholischen Schule wollen Vertreter entsenden. Ebenso wollen die Lehrer, die die Vorbereitungsstunden abhalten und eine Vertretung der Proletarischen Freidenker erscheinen.

1. Jugendweihebezirk. 1., 2., 3., 6., 9., 10., 11., 16., 17., 18., 19., 20., 21., 23., 50., 51., 53. und 57. Volksschule. Die eingeladenen Lehrer und Genossen werden nochmals auf die am Mittwoch den 21. Februar, abends 6 Uhr, im Volkshaus stattfindende Besprechung aufmerksam gemacht und gebeten pünktlich zu erscheinen.

53. Volksschule. Heute Dienstag, 7 Uhr abends, Vortrag im Zeichensaal. Herr Lehrer Mai spricht über die Arbeitsschule. Alle Eltern, besonders die der Osterkinder, sind herzlichst eingeladen.

64. Volksschule in Laubegast. Donnerstag, im Schulgebäude, 2 Stock, Zimmer 14, Vortrag über: Berufsberatung, verbunden mit Lichtbildervorführung. Eintritt 30 M. Der Reinertrag ist für Beschaffung von Lehrmitteln bestimmt. Lehrerschaft und Elternrat laden freundlichst ein.

Verband Deutscher Reklamefachleute. Mittwoch, abends 8 Uhr, im Vereinslokal, Hotel Stadt Weimar, Dresden-A., Waisenhausstraße. Fortsetzung der Aussprache über amtliche Reklame. Gäste willkommen.

Bund der Kinderreichen. Donnerstag den 22. Februar. Fürsorgeausschußsitzung. Geschäftsstelle. Freitag den 23. Februar. Programmausschußsitzung, abends 7½ Uhr, Geschäftsstelle.

Dresdner Umgebung

Niedersedlitz. Gemeinderat. Die Zuschläge zur Wohnungsbauabgabe, die bis zu 150 Prozent für das Jahr 1922 festgesetzt waren, finden nicht die Zustimmung der zuständigen Aufsichtsbehörde. Als Höchstsatz wurde nur ein Zuschlag von 75 Prozent zur Genehmigung in Aussicht gestellt. Der Gemeinderat ermächtigt die dafür eingesetzte Kommission, innerhalb dieser 75 Prozent staffelmäßige Zuschläge selbständig festzusetzen. Der Vorsitzende berichtet über die inzwischen wieder eingetretene Milchpreiserhöhung. Die Preisprüfungsstelle hat den Milchpreis beim Erzeuger auf 350 M. und bei den Kleinhändlern auf 460 M. für das Liter Vollmilch festgesetzt. Der bisher immer aufgetretene Uebelstand, daß ein Teil der Bevölkerung die Milch beim Erzeuger zu einem wesentlich niedrigeren Preise beziehen konnte, während der andre Teil der Bevölkerung die Milch beim Kleinhändler mit einem höheren Preise bezahlen mußte, sollte beseitigt werden, da er zu einer gewissen Verbitterung geführt hat. Um eine einheitliche Preisgestaltung herbeizuführen, hat die Preisprüfungsstelle schon wiederholt mit den Milcherzeugern Verhandlungen darüber gepflogen, daß sie für Rechnung der Gemeinde einen höheren Preis verlangen, um den Ausgleich zu ermöglichen. Die letzte Verhandlung mit den Milcherzeugern aus den Ortsteilen Niedersedlitz und Großluga am vergangenen Sonntag hatte auch erfreulicherweise zu einer Einigung geführt. Es war vereinbart worden, einen Einheitspreis von 888 M. festzusetzen. Die Regelung dieses Einheitspreises soll durch Ausgaben von Milchsorten erfolgen. Durch diese Maßnahme hätte auch die Gemeinde Gelegenheit gehabt, Beiträge zur Milchverbilligung zu gewinnen, da die vor Weihnachten gesammelten erheblichen Beträge (215 000 M.) nunmehr durch die gewaltige Preissteigerung bald aufgebraucht sind. Durch eine zu Beginn der Sitzung vorgelegte Eingabe der Niedersedlitzer Milcherzeuger ist leider diese Vereinbarung wieder hinfällig geworden, weil diese Milcherzeuger erklärt haben, daß sie von den Vereinbarungen zurücktreten. Da augenblicklich keine gesetzliche Handhabe zur Erzwingung dieses Einheitspreises gegeben ist, muß die ganze Maßnahme durch das einseitige Zurücktreten der Niedersedlitzer Milcherzeuger hinfällig werden. Der Gemeinderat nahm hiervon mit großem Bedauern Kenntnis. Aus der Mitte des Ausschusses wurde darüber Entrüstung laut, daß Vereinbarungen, die kaum zwei Tage vorher durch langwierige Verhandlungen abgeschlossen worden waren, einseitig wieder aufgehoben wurden. Die Preisprüfungsstelle wurde deshalb beauftragt, die Preisfestsetzung des Kleinhandelspreises beim Erzeuger nochmals nachzuprüfen. Ein weiterer Fortschritt in sanitärer Beziehung ist dadurch geschaffen worden, daß in der hiesigen Polizeiwache eine Sanitätsstelle eingerichtet werden soll. Die Polizeiwache und die Sanitätsstelle ist Tag und Nacht geöffnet. Sie ist ständig durch Fernsprecher (896) zu erreichen, von wo aus der Arzt vom Dienst und notwendiges Sanitätspersonal in schnellster Weise zur Verfügung gestellt werden können. Da an Sonntagen in den Fabriken die Sanitätsstellen geschlossen sind, hat sich der Samariterverein in entgegenkommender Weise bereit erklärt, die Sanitätsstelle mit zwei ausgebildeten Samaritern dieses Vereins zu besetzen. Der Gemeinderat ist mit dieser Maßnahme voll und ganz einverstanden und begrüßt diese Einrichtung. Ein Antrag des Vereins Volksgesundheit auf Gewährung von Sitz und Stimme im Wohlfahrtsausschuß, muß der Konsequenzen halber abgelehnt werden.

Aus dem Parteileben

Drei-Kreise-Frauenversammlung

Heute Dienstag, abends 6 Uhr, im Volkshaus, Zimmer 4 Drei-Kreise-Frauenversammlung. Genossinnen Landtagsabgeordnete Eva Büttner und Elise Thümmel sprechen über die politische Lage im Reiche. Zahlreiches Erscheinen der Genossinnen dringend erwünscht!

4. Unterbezirk

Kinderschutzkommission Dresden-N. Mittwoch, nachmittags von 4 Uhr an, Spieltag im Jugendheim. Vesperbrot ist mitzubringen und wenn möglich ein Brikett!

5. Unterbezirk

Gruppen 1 und 2. Den Parteigenossen zur Nachricht, daß die Genossen Willy Köhler, Schlosser, und Emil Röhle, Schneider, verstorben sind. Ein ehrendes Andenken ist ihnen gewiß. Einäscherung des Genossen Rohle Donnerstag, 8½ Uhr, des Genossen Köhler Freitag, 8½ Uhr, im Krematorium in Tolkewitz.

Gruppe 4. Mittwoch, abends 7 Uhr, Bezirkskassierer- und Partei-Vertrauensmännersitzung im Maternihof.

Frauen. Mittwoch, abends 7½ Uhr, bei Dahms, Rietschelstraße. 1. Vortrag von Dr. Stegmann über: Das Traumleben und seine Bedeutung. 2. Genossin Eva Büttner über die politische Situation. Anschließend Aussprache.

6. Unterbezirk

Kinderschutzkommission Cotta-Briesnitz-Leutewitz. Mittwoch, nachmittags 2 Uhr, Spieltag in der Schulturnhalle, Hebbelstraße.

Kinderschutzkommission Striesen, Gruna, Blasewitz. Morgen Mittwoch Spieltag im Merseburger Hof, Ecke Tittmannstraße und Merseburger Straße. Die Grunaer Kinder stellen sich 2½ Uhr Ecke Schneeberg- und Schlieterstraße, weiter draußen wohnende Kinder stellen sich 2½ Uhr am Pohlandplatz, die übrigen Kinder um 3 Uhr im Lokal. Wenn irgend möglich, ein halbes Brikett mitbringen.

Wettervorhersage für den 21. Februar

Mitgeteilt von der Sächsischen Landeswetterwarte

Kalter, vorwiegend trübes Wetter, zeitweise leichte Schneefälle.

Gewerkschaftsbewegung

Ruhrhilfe

Achtung, Vertrauensleute der Gewerkschaften!

Die Beteiligung der Arbeiterschaft an der Ruhrhilfe im Sinne des Aufrufes des Bundesvorstandes des A. D. G. B. und der Bundesausschußbeschlüsse hat bei der sächsischen Arbeiterschaft in Ansehung unsrer besonderen sächsischen Verhältnisse erhebliche Widerstände gefunden.

Der Bezirksausschuß Sachsen und auch der Ortsausschuß Dresden des A. D. G. B. haben beschlossen, dort, wo Bedenken gegen eine gemeinsame Durchführung der Ruhrhilfe bestehen, der Arbeiterschaft die Möglichkeit zu selbständigem Vorgehen durch Herausgabe eigener Sammellisten zu geben. Die Sammellisten für Dresden sind fertiggestellt und können durch die Betriebsvertrauensleute beim Ortsausschuß oder bei den Gewerkschaften entnommen werden.

Wir richten angesichts der Notlage und des gewaltigen Abwehrkampfes, in dem sich unsre Arbeitsbrüder im Ruhrgebiet befinden, an die Arbeiterschaft das dringende Ersuchen, im Sinne der Beschlüsse des Bundesausschusses einen Stundenlohn durch freiwillige Sammlung zu opfern und die gesammelten Beträge an die Gewerkschaften oder direkt an die Kasse des Ortsausschusses abzuführen.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund,
Ortsausschuß Dresden.

Die Arbeitgeber streben den Lohnabbau an

Bei Verhandlungen zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen in Berlin in den letzten Tagen ist von ersteren mehrfach erörtert worden, ob angesichts der Befestigung der deutschen Mark und des Preisabbaues gewisser Nahrungsmittel nicht auch ein Abbau von Löhnen möglich sein würde. Diesbezügliche Verhandlungen sind jedoch gescheitert. Die Organisationen der Beamten und Staatsarbeiter haben der Regierung wissen lassen, daß im gegenwärtigen Moment an einen Abbau der Gehälter und Löhne nicht zu denken ist, daß vielmehr, falls eine neue Dollarhausse einsetzen sollte, auch die Beamten mit neuen Forderungen an den Reichsfinanzminister herantreten müßten.

Das Verhalten der Arbeitgeber ist rührend. Die seit einigen Tagen einsetzende Besserung unsrer Valuta gibt den Herrschaften sofort wieder Gelegenheit, ihr wahres Gesicht zu zeigen. Da schert sie die vielgepriesene Einheitsfront anläßlich der Ruhraktion nicht, für sie kommt nur das reine Profitinteresse in Betracht. Bisher haben die Arbeitnehmer, am Verhältnis gemessen, noch längst nicht die Löhne und Gehälter erreicht, die sie vor dem katastrophalen Marksturz bezogen, ganz abgesehen davon, daß auch damals bereits gegenüber der Lebenshaltung der Arbeitnehmer in der Vorkriegszeit schwer unerträgliche Verschlechterungen zu verzeichnen waren.

Die zur Zeit eingetretene Stabilisierung unsrer Mark hat, von wenigen Ausnahmen abgesehen, bisher nirgends zu einer wesentlichen Preisreduktion der einzelnen Artikel geführt, so daß sich, wie wir bereits gestern mitteilen konnten, selbst der preußische Handelsminister gezwungen gesehen hat, in aller Deutlichkeit an die Handelskammer wegen einer notwendigen Herabsetzung der Preise schleunigst heranzutreten.

Es sind die ersten Fühler, die hier die Arbeitgeber nach dieser Richtung hin ausstrecken. Verdichten sich die Momente, dann haben die Gewerkschaften und Belegschaften die Pflicht, überall, wo seitens der Arbeitgeber Versuche unternommen werden, an den Abbau der Bezüge heranzugehen, diese von vornherein durch einmütiges geschlossenes Handeln zunichte zu machen. Ehe an einen Lohnabbau überhaupt zu denken ist, muß eine ganz bedeutende Senkung der Preise sämtlicher Lebensmittel und Bedarfsartikel eintreten. Davon ist aber gegenwärtig noch nichts zu spüren.

Allgemeiner Deutscher Beamtenbund

Die dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund angeschlossenen Organisationen, vertreten durch ihre Ortsgruppen, hatten sich am 16. Februar in Dresden zusammengefunden, um zur Gründung des vorläufigen Ortsausschusses Dresden des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes Stellung zu nehmen. Nach eingehender Aussprache wurde beschlossen, einen Ortsausschuß zu gründen und den geschäftsführenden Ausschuß zu wählen. Demselben gehören an: als 1. Vorsitzender Rehschuh, Bevollmächtigter des Deutschen Eisenbahnerverbandes; als 2. Vorsitzender Jahn, 1. Vors. der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und Anwärter; als Kassierer Hintz, Sekretär des Zentralverbandes der Angestellten; als 1. Schriftführer Rose, Abteilungsleiter des Deutschen Verkehrsbundes; als 2. Schriftführer Patzig, Bund der Technischen Angestellten und Beamten. Die Geschäftsstelle befindet sich Dresden-A., Marstr. 13, 1., Tel. 17 710. Alle Zuschriften der angeschlossenen örtlichen Organisationen sind an diese Adresse zu richten.

Metall- und Zigaretten-Industrie. Wie uns der Zentralverband der Angestellten, Ortsgruppe Dresden, mitteilt, sind heute für die Angestellten der Metall-Industrie sowohl, als auch für die Angestellten der Zigaretten-Industrie die Tarifverhandlungen bzw. Festsetzung der Februar-Gehälter zum Abschluß gekommen. Die erzielten Sätze sind zum Preise von 75 M. in der Geschäftsstelle des Zentralverbandes der Angestellten, Schützenplatz 20, Oth. part., zu haben. Bei Zusendung durch die Post ist das Rückporto beizufügen. — Für die Angestellten der Zigaretten-Industrie findet Fachgruppenversammlung am Donnerstag den 22. Februar, abends 7,15 Uhr, im Eldorado, Steinstraße, Erdgeschoß rechts, statt, in der über den neuen Entwurf des Arbeitszeitgesetzes referiert wird und weiter Berichterstattung über die Tarifverhandlungen erfolgt.

Bankangestellte. Für die im Zentralverband der Angestellten organisierten Bankangestellten findet am Mittwoch den 21. Februar, abends 7½ Uhr, im Stadt-Café, Postplatz, 1. Etage, eine Fachgruppenversammlung statt. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das Erscheinen sämtlicher Kolleginnen und Kollegen. Das Mitgliedsbuch dient als Ausweis.

Organisationseinrichtungen in der Beamtenbewegung

Von Max Müller

IX.

b) Die freiheitlich-nationale Richtung

Ist schon die christlich-nationale Beamtenbewegung wenig bedeutungsvoll, so ist die freiheitlich-nationale oder Hirsch-Dunckersche Beamtenbewegung als bedeutungslos anzusprechen. Ihr gehört der „Allgemeine Eisenbahner-Verband" an, der nur wenig Beamte organisiert hat.

Die „Beamtenverbände des Gewerkschaftsringes", wie sich der Allgemeine Eisenbahner-Verband auch noch hochklingend bezeichnet, denn er steht u. W. heute in diesem Gewerkschaftsring noch allein, sind mit den Hirsch-Dunckerschen Arbeiterorganisationen und dem „Gewerkschaftsbund der Angestellten" im „Deutschen Gewerkschaftsring" zusammengeschlossen.

Das Programm läßt außer dem Bekenntnis zur neugeschaffenen republikanischen Staatsform und der Ablehnung jeder „Diktatur und Vergewaltigung" nichts besonderes erkennen. Die Organisation steht genau so wie die christlich-nationale auf dem Boden der bestehenden Wirtschaftsordnung, bei der sie sich nur für die Bekämpfung der Auswüchse ausspricht. Das Leitmotiv ist

1. das nationale Ideal,
2. soziale Gerechtigkeit in der Gesellschaft, Schutz der Schwächeren gegen die Stärkeren,
3. geistige und politische Freiheit und Selbstverwaltung und
4. ethische Erziehung und Hebung des Einzelmenschen zu freudiger und wirksamer Mitarbeit in der Gesamtheit.

Wie diese Bestrebungen durchgesetzt werden sollen, darüber schweigt sich die Hirsch-Dunckersche Bewegung wohlweislich aus, denn sonst müßte sie bei der Durchsetzung des 2. und 3. Punktes ohne weiteres für eine Bekämpfung der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsweise eintreten und die Gemeinwirtschaft anstreben.

Die Hirsch-Dunckerschen Spitzenorganisationen haben sich redlich bemüht, die nächste Gruppe, den Deutschen Beamtenbund, in ihr Lager zu ziehen, wobei sie zweifellos davon ausgegangen sind, daß der Deutsche Beamtenbund insofern eine gewisse Wesensverwandtschaft aufweist, als er in ähnlicher Weise wie die Hirsch-Dunckerschen Organisationen großen Zeit- und Wirtschaftsfragen ausweicht und versucht, mit allgemeinen Wendungen darüber hinwegzukommen. Die „Einerseits-Anderseits-Haltung" der freiheitlich-nationalen Arbeitnehmerbewegung ist wohl hinreichend bekannt, so daß wir uns darauf nicht einzulassen brauchen um so weniger, als wie bereits erwähnt diese Organisationsgruppe in der Beamtenbewegung zur völligen Ohnmacht verurteilt ist.

c) Die gewerkschaftlich-neutrale Richtung

Wie in einem früheren Artikel bereits erwähnt, wurde der Deutsche Beamtenbund am 4. Dezember 1918 gegründet. In seinem Organisationsaufbau setzt er sich zusammen aus Beamtengewerkschaften, ferner Arbeitsgemeinschaften und Gewerkschaftsbünden, sowie Landesverbänden. Seine Gliederung ist eine sogenannte Vertikalgliederung, d. h. seine Mitgliedschaften sollen sich aus unteren, mittleren und höheren Beamtengruppen jeden Faches zusammensetzen im Gegensatz zu der sonst in Deutschland zur Bedeutung gelangten Berufsverbände-Bildung. Auf Grund des § 2 der Satzungen des D. B. B. ist der Bund angeblich bereit, zur Erreichung seiner Ziele alle gewerkschaftlichen Mittel anzuwenden.

Ein festes Programm des Deutschen Beamtenbundes fehlt noch. Er hat es bis jetzt während seines über vierjährigen Bestehens nur bis zur Aufstellung von Leitsätzen gebracht, in denen er sich zur Verfassung bekennt. Seine Stellung zum Beamtenrecht ist gekennzeichnet durch das Verlangen nach Beibehaltung der Berufsbeamten, deren Pflichtenübernahme gegenüber der Allgemeinheit zur Schaffung besonder Rechte verpflichte. Für ein einheitliches Arbeitsrecht spricht er sich zwar aus, aber nur soweit, als es mit dem Beamtenverhältnis in Einklang gebracht werden könnte. Er fordert ferner Beamtenvertretungen, ohne sich zu dem System der Beamtenräte zu bekennen. Ueber das Streikrecht schweigt er sich in diesen Leitsätzen aus, doch sei hervorgehoben, daß seine Führer die Auffassung vertreten, daß ein Beamter in dem Augenblick, in dem er das Streikrecht für sich in Anspruch nimmt, aufhört, Beamter zu sein. Die Besoldung will er entsprechend den Leistungen gestalten. In der Frage der Wirtschaftspolitik lehnt er eine Stellungnahme zur Wirtschaftsform ausdrücklich ab. Er hebt nur hervor, daß sich die Beamten überwiegend von Verbraucherinteressen leiten lassen müßten. Schließlich verlangt er noch die Erhaltung und Sicherung der Selbsthilfebestrebungen der Beamtenvereine.

Die Leitsätze für das Programm des Deutschen Beamtenbundes, der übrigens zahlenmäßig mehr und mehr zurückgeht, sind also außerordentlich unklar. Die Unklarheit kommt noch deutlicher zum Ausdruck bei der Frage, wie sich der Deutsche Beamtenbund zu den übrigen Arbeitnehmerorganisationen verhält. Es sind zwar mehrfach Bestrebungen zur Schaffung eines Kartellvertrags mit den freien Arbeiterorganisationen zu verzeichnen gewesen, doch haben die auch zu diesem Zwecke zwischen A. D. G. B. und D. B. B. stattgefundenen Verhandlungen zu keinem positiven Resultat geführt, weil der Deutsche Beamtenbund nicht nur eine parteipolitische, sondern sogar eine gewerkschaftliche Neutralität anerkannt wissen wollte, dergestalt, daß er neben dem Abkommen mit dem A. D. G. B. und Afa-Bund auch solche mit andern Spitzenorganisationen der Arbeiter und Angestellten für sich in Anspruch nahm. Eine derartig verwaschene Haltung konnte vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund unter keinen Umständen anerkannt werden, denn die Stellungnahme des Deutschen Beamtenbundes ist vor allem die, daß er, einerlei wie die geistige Einstellung der Beamtenverbände ist, sie in einer großen Organisation zusammenschließen will. Das ist zweifellos der Traum der Harmonieapostel, wie sie auch früher in der Arbeiter- und bis vor kurzem noch in der Angestelltenbewegung zu verzeichnen waren. Dieser Harmoniegedanke muß ohne Zweifel zur Aufhebung der Kräfte in der Beamtenbewegung führen und, wie die Erfahrungen der letzten Jahre gezeigt haben, die Ohnmacht der Beamtenschaft zeitigen. — An bekannteren Organisationen gehören dem Deutschen Beamtenbund an:

Reichsverband der Gemeindebeamten Deutschlands (dem der Sächsische Gemeindebeamtenbund angehört),
Reichsverband der Polizeibeamten, Deutscher Lehrerverein,
Bund Deutscher Krankenkassenbeamten und -angestellten,
Gewerkschaft Deutscher Verwaltungsbeamten, Verband der Reichsfinanzbeamten, Verein Deutscher Gewerbeaufsichtsbeamten usw.

Als Mitglieder des Landesverbandes Sachsen des Deutschen Beamtenbundes seien hier genannt: Sächsischer Gemeindebeamtenbund, Bund sächsischer Staatsbeamten, Sächsischer Lehrerverein, Polizeibeamtenverband usw. Bis zur Gründung des „Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes" gehörte dieser Organisation neben einer Reihe andrer jetzt zum Allgemeinen Deutschen Beamtenbund übergetretener Verbände auch die „Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und Anwärter" an, deren Ausscheiden es wohl insbesondere mit sich gebracht hat, daß auch der „Verband Deutscher Post- und Telegraphenbeamten" aus dem D. B. B. ausgeschieden ist.

Der Reichsverband Deutscher Post- und Telegraphenbeamten hat sich bis jetzt noch keiner Großorganisation wieder angeschlossen, statt dessen vor allem in letzter Zeit versucht, Einigungsverhandlungen zwischen Deutschem Beamtenbund und Allgemeinem Deutschem Beamtenbund herbeizuführen, die aber bei der vorher gekennzeichneten Haltung des D. B. B. gescheitert sind. So steht zwischen den beiden Spitzenorganisationen noch der Reichsverband Deutscher Post- und Telegraphenbeamten, der aus dem D. B. B. zwar ausgeschieden, dem A. D. B. jedoch noch nicht beigetreten ist. Seiner Haltung nähern sich verschiedene andre Beamtenorganisationen, wie die Stellungnahme des Sächs. Gemeindebeamtenbundes, des Bundes sächsischer Staatsbeamten, einzelner Gruppen der Lehrerschaft usw. erkennen läßt.

Verantwortlich für Politik u. Unterhaltungsteil: Paul Mochmann; für Sachsen: Kurt Heilbut; für Gewerkschaftliches: Hans Finsterbusch; für Stadtchronik u. Aus der Umgebung: Franz Holzapfel, sämtlich in Dresden; für Lokales aus Freital: Richard Bombach, Wilsdruff, für Inserate Max Weichold, Dresden. — Druck und Verlag von Kaden u. Komp., Dresden.

Formamint-Tabletten
vernichten die Bakterien in Mund und Rachen und gewähren
Schutz vor Ansteckung

Satyrin gegen Schwächezustände, Nervenstörungen, sex. Neurasthenie ein anregendes und kräftigendes Yohimbin-Hormon-Präparat der Akt.-Ges. Hormona, Düsseldorf-Grafenberg. Zahlreiche ärztl. Anerkennungen. Prospekte gratis. Erhältlich in Apotheken! — Stets vorrätig in Dresden: Marien-, Mohren-, Reichs-, Löwen-, Storch-, Kronen- und Salomonis-Apotheke. (1466

Sie husten nun schon wochenlang
und haben immer noch nicht das richtige Mittel dagegen gefunden. Wir raten Ihnen, aus 50 Gramm echtem Fenchel-Extrakt durch Aufkochen mit ½ Pfund Zucker und ½ Liter Wasser eine preiswerte, prompt wirkende Hustenmedizin selbst herzustellen. Guter Fenchel-Extrakt ist sicher erhältlich Findners Apotheke, Dresdner Straße, Mohren-Apotheke, Pirnaischer Platz, Löwen-Apotheke Altmarkt. (1466

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19230220/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Vereinigte Dresdner Arbeiterjugend

Gruppe Mockritz. Donnerstag den 22. Februar, abends 7 Uhr, im Jugendheim Mitgliederversammlung.

Gruppe Gorbitz. Morgen Mittwoch, abends 7 Uhr, im Jugendheim Schulze Vortrag über: Erlebnisse aus den Alpen. Gäste und die Eltern der Zum Verlassenden sind herzlich eingeladen.

Unterbezirk Kamenz-Radeberg. Die Verbandsbeiträge sind, soweit noch nicht bezahlt, sofort an den Genossen Rudolf Hauswald, Radeberg, Dresdner Straße 96, einzuschicken. Die säumigen Gruppen werden ersucht, ihren Verpflichtungen umgehend nachzukommen und dabei die Adressenänderung zu beachten.

Sport • Spiel • Körperpflege

Arbeiter-Turn- und Sportbund. 1. Gruppe. Frauenturnwarte. Genaue Adressenverzeichnisse einsenden und die Turnabende der Abteilungen an Arno Klage, Dresden-Uebigau, Reibelstr. 16. — 4. Gruppe. 25. Februar, 7½ Uhr, Turnerinnenlehrstunde in Cunnersdorf: Schrittarten, Freiübungen, Geräteturnen, Spiele. Keulen mitbringen. Leiter: P. Faden. — 6. Gruppe (Heide). 25. Februar, 8½ Uhr, technische Ausschußsitzung in Schweinitz. Jeder Verein ist verpflichtet, den Turnwart zu entsenden. — Briesnitz-Cotta. 2. März Versammlung nach dem Turnen (Berichterstattung vom Gruppen- und Bezirkstag. — Striesen. 24. Februar, 6½ Uhr, Vorturnerstunde, Junghansstraße. — Pieschen. Schiedsrichterspielinge treffen sich Mittwoch, 6 Uhr, Oschatzer, Ecke Leipziger Straße. — Kaditz. 24. Februar im Gasthof Kaditz Sportlerfest.

Resultate. Raffball: Lommitzsch 1—Königsbrück 1 6:0. — Fußball: Schweinitz 2—Leschwitz 2 2:0, Schweinitz 1—Cotta 3 1:0.

Verein für volkstümlichen Wassersport. Hauptverein. Donnerstag abend, Günzbad, Wasserballabend. Alle Wasserballmannschaften spielen mit den Gruppenersten. Es ist wünschenswert, daß alle Gruppen diesem Abend besonderes Interesse entgegenbringen. Bälle sind mitzubringen. Heute werden die Karten für den Filmvortrag ausgegeben.

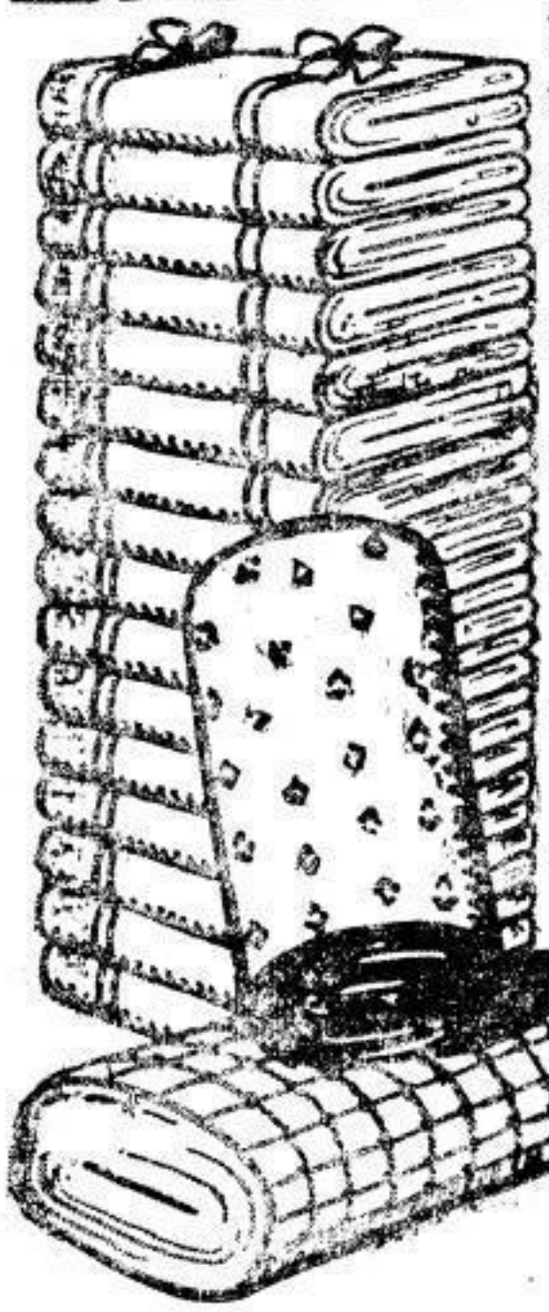
Arbeiter-Radfahrerbund, Mitgliedschaft Dresden. 24. Februar Verwaltungssitzung. Alle Funktionäre müssen anwesend sein, ebenfalls die Kartelldelegierten, 7 Uhr, Frischauf-Schänke, Könneritzstraße.

Kraftsport-Vereinigung Dresden. 20. Februar, 7½ Uhr, Sitzung bei Theilbar. Techniker, die sich zum Kreisring- und Kreisstemmwart eignen, müssen anwesend sein. Die Resultate der stattgefundenen Serienkämpfe müssen angegeben werden.

Neue Bücher

„Der Fascismus in Deutschland" betitelt sich eine Broschüre, die im Verlage von Dietz, Berlin-Stuttgart, aus der Feder des Genossen Kampffmeyer erschienen ist. Jede Seite der Broschüre zeigt uns das unheimliche Wirken der Geheimbünde seit dem Tage des Kapp-Putsches. Brutale, gewissenlose Menschen, moralisch verkommene Subjekte sind es, die sich dort zusammenfinden, die mit ihrem Leben abgeschlossen haben und zu jedem Meuchelmord bereit sind. Mit einer Kaltblütigkeit ohnegleichen werden Todesurteile gegen Gleichgesinnte verhängt, die es wagen, den Befehlen zuwiderzuhandeln oder gar einmal ein unbedachtes Wort über das Wirken der Geheimbünde in der Oeffentlichkeit gesprochen haben. Die „Größen" der bayerischen „Ordnungszelle" marschieren Arm in Arm mit Spitzeln und Mördern. Eine Blütenlese aus der deutschvölkischen Presse zeigt, wo die Schürer der Hetze gegen „alle Sau- und Regierungsjuden an der Panke, Dahme, Piese, Dosse, an der Havel und an der dreckigen Spree" sitzen. Man erschrickt, wenn man liest, wie wenig die verantwortlichen Regierungsmänner in Bayern gegen diese Mordhetze unternommen haben, wie unter stillschweigender Duldung, teilweise sogar unter wohlwollender Förderung durch die Behörden das fascistische Unkraut in die Höhe geschossen ist.

Wäschestoffe



Durch den niedrigen Kursstand hatten wir Gelegenheit, uns mit großen Warenmengen günstig einzudecken. Es ist uns deshalb heute wiederum möglich, unsere beliebten Wäschestoffe außerordentl. billig anzubieten.

Rohnessel volle 83 cm breit, erstklassige pa. hochwertige süddeutsche Ware, Meter **2900⁰⁰**

Hemdentuch mittelfeine solide Ware, süddeutsches Fabrikat Meter **2800⁰⁰**

Wäschetuch schneeweiß gebleichte Renforce, erstklassiges Fabrikat . . . Meter **3400⁰⁰**

Hemdenflanell mollige gute Ware, zirka 70 cm breit, in vielen hellen Streifen . Meter **2200⁰⁰**

Oberhemden-Perkal prachtvolle Ware, in reizvollen Streifen Meter **3600⁰⁰**

Oberhemden-Perkal erstklass. prima Qualitätsware Meter **3900⁰⁰**

Hauftuch für Bettwäsche, stark käd. solide Ware, 80 cmbr., Mtr. **2200⁰⁰**

In linonartiger Ausrüstung, etwa 130 cm breit . . . . Meter **3900⁰⁰**

Linon für Bettwäsche, prima Ware, unsere bekannte Spezialware eigen. Ausrüstung, 80 cm br., Mtr. **3600⁰⁰**

130 cm breit . Meter **6000⁰⁰**

Bettuch-Dowlas prima Ware, 140/3 cm breit . . . . Meter **6500⁰⁰**

Bettuch-Dowlas extra schwere, erstklass. prima Ware, 150 cm breit . . . . Meter **8000⁰⁰**

Ungebleichter Köperbarchent kräftige Ware, etwa 73/5 cm breit . Meter **2400⁰⁰**

Linon-Bettgarnituren 2 Kissen bestickt oder mit Stickerei, Doppelgarnitur, 2 Bettbezüge, 4 Kissen **70000⁰⁰**

Blusenflanell in bildschönen Farben und Streifen, etwa 80 cm breit . . . . Meter **3200⁰⁰**

Handtuchzeuge grau Drell, etwa 48 cm breit . . . . Meter **1950⁰⁰**

Handtuchzeuge reinleinen, schwere Ware, 46 cm breit . . Meter **2900⁰⁰**

Jacquard-Drell prima Halbleinen, für gute Stubenhandtücher Meter **3900⁰⁰**

Wischtücher 50/50 cm groß, einfarbig u. kariert, Stück **850⁰⁰**

Zephir einfarb., f. Oberhemden u. Blusen, etwa 80 cm breit . . . . Meter **2900⁰⁰**

Messow & Waldschmidt

Erfahrene Kronendrücker gesucht. **R. Frister, A.-G.** Chemnitzer Straße 28. [f183

Wir suchen tüchtige, ältere **Dreher und Fräser.** **Jca A.-G., Dresden** Schandauer Straße 76. [f288

Sanussa Hustenbonbon zweifl. ges. gesch. — In Friedensqualität — mit Zusatz von reinem Malz Extrakt und 10 heilkräftigen Kräutern. Alleiniger Fabrikant **Chocoladen Hering** DRESDEN. [f385

Händler! Förster! **Felle** Kanin — Füchse Hasen — Ziegen **Marder** Maulwürfe usw. kauft z. hoh. Tagespreisen **Pelz-Zentrale** Scheffelstraße 16. [m74 Fahrt wird vergütet!

Die praktische Hausfrau kennt die Vorzüge des Süßstoffs. Sie ersetzt oder streckt damit den teuren Zucker. Aus eigener Erfahrung weiß sie auch, daß Süßstoff bekömmlich ist. Sie verwendet ihn aber sparsam und nur nach Geschmack. Erhältlich in Kolonialwaren-, Drogenhandlungen und Apotheken. [o 4051

Bindfaden-Groß-Vertrieb

Treitel & Co. An der Frauenkirche 22 / Tel. 18029

Bis 20000 M. zahle ich für alte **Grammophone** ohne Tricht. u. bis 10000 M. m. Tricht. **Tappert** Wettinerstraße 34.

Felle aller Art werd. z. hoh. Tagespreisen, auch von Förstern und Händlern, gekauft [m74 **48 Palmstraße 48** am Freiberger Platz. Guterh. Kinderwagen zu verk. Kleinmannsdorf, Glockenpl. 30. Schneider.

Abonnements auf die **Dresdner Volkszeitung** Bestellungen auf alle Partei- und sonstige Literatur nimmt entgegen **Richard Wiesner** Weißig, Bergstr. 25.

Achtung! Händler und Wiederverkäufer! **Oranienburger Haushalt-Seife** pro Kilogr.-Riegel nur **3100 M.** [w 74 **Versandhaus Ally, Stiftsstrasse 10. Tel. 17811.**

Rabenau Bestellungen auf die Dresdner Volkszeitung, auf sämtliche Parteiliteratur und sonstige Bücher sowie Inserate für die Volkszeitung nimmt entgegen Kolporteur Nitzsche, Rabenau, Bismarckstr. 3

Felle Kaufe jed. Posten Kanin-, Has.-, Ziegenfelle, Katzenfelle, Reh-, Bock-, Maulwurf-, Iltis- und Fuchsfelle **Schafwolle** gewaschen u. ungewasch. **Felleinkauf Falkenstraße 10**

Alte Tressen und **Uniform-Knöpfe** von Kommissionen, Militär- und Beamten kauft [b1357 **Max Haupt** Pfarrstraße 17, II.

Leser! Kauft bei unsern Inserenten!

Es ist nur mal so

Schuhputz **Nigrin-Extra** ist in Qualität unerreicht.